

J. pract.

105

<36625642710010

S

<36625642710010

Bayer. Staatsbibliothek

Inv. Pr. 105

Inv. Pr.

U e b e r
Fristen und Termine

nach
Französisch-Westphälischen
Rechten

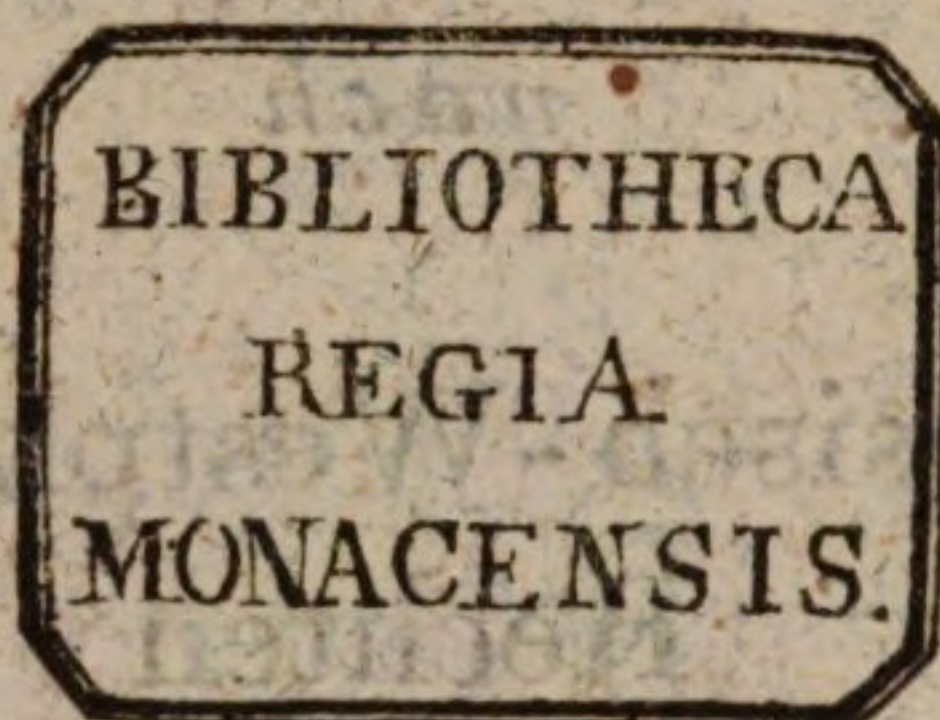
von
THEODOR HAGEMANN,

beider Rechte Doctor und Königl. General-Procu-
reur bei dem Appellationshofe in Celle.

H a n n o v e r,

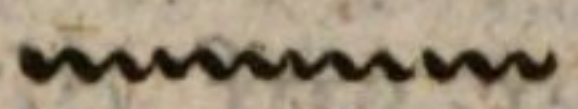
b e i d e n G e b r ü d e r n H a h n.

1 • 8 1 1.





VORREDE.



Diese kleine Schrift soll die Principien, über Fristen und Termine nach französischem und westphälischem Rechte, blos in allgemeinen Grundzügen darstellen. Es war dem Verfasser hauptsächlich darum zu thun, die sehr zerstreut vorkommenden Fristgattungen, aus den verschiedenen Gesetzen des neuen Rechts, zu sammeln; die große Anzahl derselben zu ordnen; un-

ter einen allgemeinen Ueberblick zu bringen, und auf die Weise dem Geschäftsmanne eine kurze Uebersicht dieser Processparthie zu verschaffen. Einen andern Werth legt er auf die Arbeit gar nicht und sein Zweck ist völlig erreicht, wenn der practische Rechtsgelehrte, in dieser Zusammenstellung der verschiedenen gesetzlichen Fristbestimmungen, ein Erleichterungsmittel zu deren Beobachtung findet.

Geschrieben zu Celle, am

2^{ten} Mai 1811.

Dr. Theod. Hagemann.



Einleitung.

Erster Abschnitt.

Von Fristen und Terminen überhaupt.

§. I.

Begriff der Frist. Nothwendigkeit derselben.

Die Vereinigung der Menschen, in grössere gesellschaftliche Verbindungen, war die nothwendige Veranlassung der ersten Gesetze. Ihr Gegenstand betraf die öffentliche Ordnung und das Eigenthum der Individuen. Die ersten übertrat man, und die andern suchte der Eigennutz zu seinem Vortheile anzuwenden.

Hieraus entwickelte sich die Nothwendigkeit der Richter und die Entstehung der Gerichte — Gerichtsverfassung. Da aber der Gang, das Recht zu suchen und zu finden, sehr vielfach, seiner Natur nach, seyn mußte: so bedurfte es auch besonderer Gesetze, welche denselben genau bestimmten — Proceßgesetze, Proceßverfassung, Proceßordnungen.

Weder dem guten Willen der Richter, noch der Willkühr der Partheien durfte die Staatsregierung den Gang der Gerechtigkeitspflege überlassen; wenn der Hauptzweck derselben, nemlich: Festigkeit, Uniformität und Beschleunigung des gerichtlichen Verfahrens, erreicht werden sollten. Besonders in der letztern Rücksicht ward es daher nothwendig, für gewisse gerichtliche Handlungen einen Zeitraum zu bestimmen, binnen welchen sie von den Partheien, die vor

dem Richter streiten, bewirkt werden müssen. Eine solche Periode wird eine Frist — dilatio, délai — genannt, und sie unterscheidet sich von einem Termine, einer Tagefarth vorzüglich dadurch, daß durch letztere der bestimmte Tag und die Stunde angezeigt wird, wo eine gerichtliche Handlung, ein Gerichtsact, vor sich gehn soll. Sehr oft nimmt man aber beide Benennungen in einem gleichbedeutenden Sinne.

Ohne dies Beschränkungsmittel, das freilich nicht so beengt seyn soll, daß eine Parthei an der Ausführung ihrer Rechtszuständigkeiten behindert, oder damit übereilt wird ¹⁾, würden die Prozesse ein Spiel der Willkühr der Richter, der Partheien, oder ihrer Sachwalter geworden, und der Dauer derselben kein Ziel zu setzen gewesen seyn. Auf eine vorzüglich ausgezeichnete Weise hat die französische und westphälische Gesetzge-

gebung den streitenden Partheien einen schleunigen Proceßgang, besonders durch die Bedingung der Fristen, zu verschaffen gesucht.

- 1) In Hinsicht auf legislative, oder speculative Jurisprudenz ist es gewiß höchst schwierig, beides mit einander zu verbinden und die Fristen und Formalitäten des Processes so zu combiniren, daß auf der einen Seite die Strenge derselben nicht bis zur Schädlichkeit übertrieben, und auf der andern Seite — durch das: *si qua alia mihi*, Willkühr des Richters, *caussa iusta videbitur*, in *integrum restituum* — kein verschleifte Rechtsgang erzeugt und befördert wird

§ 2.

Classification der Fristen.

Die große Anzahl von Fristen hat verschiedene Eintheilungen derselben veranlaßt ¹⁾. Sie lassen sich nach dem Unterschiede ihres Objects oder Zwecks; nach der Verschiedenheit ihres Entstehungsgrundes und nach dem Unter-

schiede ihrer Folgen oder Wirkungen classificiren. Die Verschiedenheit der Fristen in Rücksicht ihres Gegenstandes ist von mehreren Schriftstellern ausführlich erläutert ²⁾).

1) Glück im Commentar über die Pandecten §. 265 ff.

2) Brunnemann in processu civili cap. 6. n. 2. Balthasar de terminis ac fatalibus iudicialibus eorumque computatione. 1748 — die unten folgenden Capitel I—VI.

§. 3.

Eintheilung der Fristen in Absicht ihres Entstehungsgrundes.

In Rücksicht auf ihren Entstehungsgrund sind die Fristen:

1) gesetzliche, welche entweder durch ausdrückliche Gesetze, in den Processordnungen, oder durch die Gerichtsobservanz eingeführt sind. Man begreift sie unter dem allgemeinen Namen der *Ordnungsfristen*. Sie sind:

a) entweder von der Beschaffenheit, daß die Gesetze den Partheien deren Beobachtung schlechterdings vorgeschrieben haben (§. 4.);

b) oder sie dienen dem Richter blos zur Norm, wenn er den Partheien eine solche Frist vorschreiben muß. Jene erfordern kein besonderes Erkenntniß; diese aber müssen stets durch ein Decret des Richters vorgeschrieben werden.

2) richterliche, deren Bestimmung in jedem concreten Falle von dem Ermessen und der Vorschrift des Richters abhängt. Das richterliche Gutfinden kann hierbei uneingeschränkt ¹⁾, oder der Richter dahin angewiesen seyn, von mehreren in den Gesetzen verordneten Fristen, den eintretenden Umständen nach, die nöthige Frist zu wählen und der Parthei vorzuschreiben ²⁾. Man theilt diese Fristen:

- a) in peremptorische, wenn auf den Verabsäumungsfall ein Präjudiz, in Rücksicht der vorzunehmenden gerichtlichen Handlung, bestimmt²⁾; und
 b) in dilatorische, wenn auf den Fall der Contumaz kein besonderes Präjudiz ausgedrückt ist.

3) conventionelle, bedungene, gewillkührte, welche durch eine vertragsmäßige, vom Richter genehmigte, Uebereinkunft unter den Partheien festgesetzt werden⁴⁾.

1) M. s. unten Cap. VI.

2) Ein Beispiel enthält der Art. 397 der W. P. O.

3) M. s. z. B. den Art. 200 der W. P. O.

4) W. P. O. Art. 377. Fr. P. O. Art. 9.

§. 4.

Eintheilung der Fristen in Absicht ihrer Wirkung.

Nimmt man auf die Folgen und Wirkungen der Fristen Rücksicht: so

sind sie entweder Nothfristen, oder nicht. Die erstern, welche man auch Fatalien nennt ¹⁾, sind solche, auf deren Verabsäumung der Verlust der Sache selbst gesetzt ist, und wodurch mithin eine Rechtskraft der frühern Entscheidung begründet wird ²⁾. Die letztern haben zwar nicht den völligen Verlust der Sache, wohl aber andere Nachtheile, z. B. den Kostenersatz, zur Folge.

1) Woher diese Benennung kommt, untersucht ab Ende in Comment. de fatalium rigore iniquo poenisque contumaciae temperandis, cap. I. §. 13 seq.

2) Von diesen Nothfristen im Proceß unterscheiden sich die der Dauer der Klagen und Einreden vorgeschriebenen Verjährungszeiten. Code Nap. Art. 2262. ff.

Die gesetzlichen Nothfristen sind wiederum von gedoppelter Art:

a) Sie müssen entweder von den Partheien schlechterdings befolgt werden,

ohne daß die richterliche Mitwirkung dabei erforderlich ist, z. B. die Fristen zur Einwendung der Rechtsmittel — absolut gesetzliche Nothfristen, *fatalia iuris*; —

b) oder sie müssen, nach Vorschrift der Gesetze, den Partheien vom Richter vorgeschrieben werden, z. B. die Be- und Gegenbeweisfrist ³⁾ — gemischte Nothfristen, richterliche Nothfristen. Bei den letztern realisirt sich das bestimmte Präjudiz ebenso wenig von selbst — ohne richterliche Mitwirkung — als bei andern vom Gerichte vorgeschriebenen peremptorischen Fristen; vielmehr wird dazu eine vorgängige Contumacialanzeige und ein richterliches Decret erfordert ⁴⁾; wenn das Gesetz nicht selbst die Frist für zerstöhrlich erklärt hat (§. 18).

3) W. P. O. Art. 73 u. 200.

4) Martin Lehrb. des Proc. §. 117.

§. 5.

Fristerstreckungen.

Hindernisse und Zufälle mancher Art können es einer Parthei oft unmöglich machen, die Frist, oder den Termin, zu beobachten. Billig räumt daher das gemeine Recht dem Richter die Macht ein ¹⁾, alle Arten von Fristen, nur die absolut gesetzlichen ausgenommen, worüber derselbe gar keine Gewalt hat, wenn eine Parthei, vor deren Ablauf, darum bittet ²⁾, zu verlängern, oder zu erstrecken — Prorogationen.

1) *Humanum est*, heißt es in der L. 36 pr. D. de iudiciis, propter fortuitos casus dilationem accipi. L. 1. C. de dilat.

2) Ist eine peremptorische Frist bereits versäumt: so hat der Gegentheil ein Recht, auf die Präclusion zu dringen; der man nur durch erhebliche Restitutionsgründe entgehen kann.

Bei peremptorischen Fristen und Terminen darf aber die nachgesuchte Pro-

rogation nur dann ertheilt werden, wenn sich das Gesuch auf solche Gründe stützt, die eine Wiedereinsetzung rechtlich würden erwirken können, wenn die Frist bereits versäumt und abgelaufen wäre ³). Nach dem gemeinen Rechte soll eine Fristerstreckung vom Richter nur e i n m a l verstattet werden; wenn nicht etwa neue, unerwartet eingetretene, erweisliche Hindernisse eine Ausnahme erfordern ⁴). Des Richters Willkühr mußte in diese Grenze eingeschlossen werden, wenn processverschleifenden Mißbräuchen ernstlich begegnet werden sollte. Stillschweigend ist übrigens die nachgesuchte Fristerstreckung nur dann ertheilt, wenn der Richter, vor dem Ende der erbetenen Prorogation, nicht durch Erkennung des Präclusiv-Decrets auf die Contumacialanzeige des Gegners, dieselbe stillschweigend verwirft ⁵).

3) Grolmann Theorie des gerichtlichen Verfahrens, 2te Aufl. §. 127.

4) L. 1. C. de dilat. L. 7. D. de feriis, dilationibus etc. Glück a. a. O. §. 268.

5) Grolmann a. a. O.

§. 6.

Fristverkürzungen.

Hat das Gesetz die Dauer der Fristen und Termine bestimmt: so kann sie der Richter in der Regel weder abkürzen, noch ein Präjudiz früher aussprechen, ehe diese Strafe, durch wirklich eingetretene Verabsäumung der Legalfrist, verwirkt ist. Kein Richter darf srenger seyn, als das Gesetz es will, und er kann, durch seine Willkühr, der Parthei keinen Vorthail entziehen, welchen die Gesetze ihr einräumen. Nur aus rechtmässigen Ursachen, wenn z. B. die Sache besonders begünstigt; Gefahr des Verzugs vorhanden; oder eine Chikane zu verhindern ist, kann

eine Verkürzung der Frist dem richterlichen Ermessen eingeräumt werden ¹⁾).

- 1) L. 2. D. de re iudicata. W. P. O. Art. 22.
Fr. P. O. Art. 72. Oesterley Magaz. III.
342.

Zweiter Abschnitt.

Von Fristen und Terminen nach französisch-westphälischen Rechten insonderheit.

§. 7.

Eintheilung der Fristen.

In der französischen und westphälischen Proceßordnung findet man eine groſſe Zahl von Gegenständen, wo die Zeitbestimmung, binnen welcher und zu welcher die Parthei, oder der Richter, eine gerichtliche Handlung verrichten soll, bestimmt angegeben ist ¹⁾. Die Dauer dieser Fristen und Termine schreiben die Proceß- und sonstigen Gesetze

entweder der Parthei und dem Richter vor — Ordnungsfristen ²⁾; oder sie überlassen die Bestimmung derselben dem Ermessen des Richters, der dabei auf die Natur der vorzunehmenden Handlung zu achten hat, — richterliche Fristen; oder sie gestatten es auch den Partheien selbst, die Zeiträume ihrer Verhandlungen vertragsmäßig festzusetzen — conventionelle Fristen ³⁾.

1) Man sehe die unten folgenden Capitel.

2) Die gewöhnliche Ordnungsfrist im französischen Processe kann man auf acht; im westphälischen Processe auf vierzehn Tage annehmen. Lepage neue Form des Civilprocesses. (Uebersetzt von Wehrs.) 2ter Abschnitt, IVtes Hauptst. §. 2.

3) W. P. O. Art. 377 und 930. Fr. P. O. Art. 9 u. 1009.

Die Ordnungsfristen sind entweder bei Strafe der Nichtigkeit, des Verlusts des

Rechts, zu einer gerichtlichen Handlung u. s. w. festgesetzt — absolut gesetzliche Nothfristen, Fatalien; oder, es ist dem Richter gestattet, oder vorgeschrieben, auf den Verabsäumungsfall ein Präjudiz im Voraus zu bestimmen, peremptorische Fristen, richterliche Fatalien. Bei der Lehre von den Fristen und Terminen verdienen übrigens, nach den neuern Gesetzen, mehrere zweifelhafte Gegenstände und Fragen ausgezeichnet zu werden, die in den folgenden §§. kurz erörtert sind.

§. 8.

Die wirkliche Einwendung der Appellation und nicht die dazu bestimmte Frist hat Suspensivkraft.

Nach dem gemeinen Rechte kann bekanntlich kein Erkenntniß, wogegen Rechtsmittel zulässig sind, vor dem Ab-

laufe von zehn Tagen ¹⁾ für rechtskräftig gehalten; mithin auch nicht früher vollstreckt werden. Von diesem Grundsatz weichen die französische und westphälische Processordnung gänzlich ab; indem sie die Vollstreckung des Erkenntnisses, auch während der Dauer der Appellationsfrist, und wenn es noch nicht rechtskräftig ist, bis zur wirklichen Einwendung der Appellation gestatten ²⁾. Nicht die Frist an sich, sondern die Einwendung des Rechtsmittels selbst hat also, nach jetzigen Rechten, Suspensivwirkung ³⁾ und, wenn die unterliegende Parthei ein Urtheil gegen sich vollstrecken läßt ⁴⁾, ohne die Appellation einzulegen: so empfängt es dadurch die Rechtskraft. Die letztere tritt daher ein, sobald ein Richterspruch eröffnet ist, und die Vollstreckung desselben wird nur durch die wirkliche Ein-

wendung der Appellation selbst erst suspendirt ⁵).

1) Nach dem ältern römischen Rechte war die Appellationsfrist auf zwei und drei Tage bestimmt. L. 1. §. 5, II und L. 2. pr. §. 1. 5. D. quando appelland. sit. L. 3. D. de appellat. recipiend. Justinian erweiterte sie auf zehn Tage in der Nov. 23. c. 1. ut liceat homini intra id spatium plenissime deliberare, sive appellandum ei sit, sive quiescendum.

2) von Strombeck Handb. des westphäl. Civilprocesses. Vorrede VI.

3) von Strombeck Formulare I. 120. Rosenthal bürgerliche Processordnung B. 2. Anhang VI. S. 341. ff. u. S. 395.

4) W. P. O. Art. 111. Fr. P. O. Art. 159. von Strombeck Handbuch §. 350. Anmerkung. Lepage neue Form des Civil-Processes, Theil 1. Band 2. S. 266.

5) Von den practisch wichtigen Folgen des obigen Grundsatzes: von Strom-

beck Formulare II. 127. ff. — In Handelssachen ist das Erkenntniß einen Tag, nach der Zufertigung, vollstreckbar. Fr. P. O. Art. 435.

§. 9.

In wie fern hat die Opposition aufschiebende Kraft?

Wider Contumacialerkenntnisse hat das ordentliche Rechtsmittel der Opposition statt. In Absicht der Suspensivwirkung desselben ist zu unterscheiden, ob die Parthei, gegen welche das Contumacialerkenntniß ausgesprochen ist, einen Anwald bestellt hat, oder nicht? Im ersten Falle hat die Oppositionsfrist aufschiebende Wirkung; denn das Contumacialerkenntniß darf, wenn es keine entgegengesetzte Vorschrift enthält, vor dem Ablaufe von vierzehn Tagen, seit der geschehenen Insinuation desselben, gar nicht vollstreckt werden ¹⁾. Wird innerhalb dieser Frist keine Op-

position eingelegt: so ist das Rechtsmittel verlohren und das Contumacialerkenntniß darf vollstreckt werden; weil der Opponent kein Oppositionsgesuch mehr einbringen kann ²⁾. Im zweiten Falle hat die Oppositionsfrist keine Suspensivkraft, das Erkenntniß kann vollstreckt werden; dagegen aber auch die Opposition entweder durch eine aussergerichtliche Anzeige, oder mündlich, im Act der Execution selbst, eingelegt werden ³⁾. Wird alsdann die, auf die letztere Weise, angewendete Opposition, binnen den nächstfolgenden acht Tagen ⁴⁾, vermittelt einer förmlichen Oppositionsschrift wiederholt: so hat sie aufschiebende Kraft; ist aber diese Frist versäumt, alsdann kann mit der Execution des Contumacialerkenntnisses fortgefahren werden ⁵⁾, bis die verurtheilte Parthei wider dasselbe die Appellation gehörig anmeldet.

- 1) W. P. O. Art. 107. Fr. P. O. Art. 155.
v. Strombeck Handb. §. 326.
- 2) W. P. O. Art. 111. Fr. P. O. Art. 159.
- 3) von Strombeck Formulare I. 116.
Oesterley Erläuterung I. §. 30. ff.
- 4) In Handelssachen binnen drei Ta-
gen. Fr. P. O. Art. 438.
- 5) Die Opposition ist alsdann nicht mehr
zulässig. W. P. O. Art. 114. Fr. P. O.
Art. 162. v. Strombeck Handb. I.
§. 324.

§. 10.

*Die ausserordentlichen Rechtsmittel haben kei-
nen Suspensiveffect.*

Die Einlegung der Cassation in
Civilsachen und die Einwendung des
Rechtsmittels der Wiedereinsetzung in
den vorigen Stand — requête civile —
hindern so wenig die Vollstreckung der
dadurch angegriffenen Erkenntnisse, als

die bei deren Gebrauche vorgeschriebenen Fristen ¹⁾. Nur in Ehesachen, oder wenn der Staatsrath es besonders verfügt, hat die Cassation aufschiebende Wirkung ²⁾. Bei der Opposition, welche dritte Personen einlegen — tierce opposition, — hängt es von den Umständen und dem richterlichen Ermessen ab, ob der Vollziehung des Urtheils Anstand zu geben ist, oder nicht ³⁾.

1) W. P. O. Art. 440. Fr. P. O. Art. 497.
Königl. Decret vom 20. Mai 1809.
Art. 22.

2) Königl. Decret a. a. O.

3) W. P. O. Art. 422. Fr. P. O. Art. 478.
v. Strombeck Handb. §. 682. ff.

§. II.

Mufs der Richter die Desertion eines Rechtsmittels ex officio beachten, wenn sie die Parthei selbst nicht fordert?

Diese interessante Frage hängt von der Entscheidung einer andern, nemlich der ab: ob die Partheien befugt sind, die absolut gesetzliche Nothfrist der Einwendung eines Rechtsmittels zu verlängern, oder ganz zu erlassen, sey es ausdrücklich, durch besondere Verabredung, oder stillschweigend, durch Einlassung auf das Rechtsmittel, ohne die Einrede der Desertion zu opponiren? Bejahet man die letzte Frage: so darf man auch die erste nicht verneinen, wenn man consequent bleiben will.

In frühern ¹⁾ und spätern ²⁾ Zeiten ist dieselbe unter den practischen Schriftstellern über den gemeinen Proceß, für

und wider, controvertirt. Die Wahrheit ist auch hier, wie ich glaube, da zu finden, wo man sie meistens antrifft, in der Mitte, und daher halte ich Gönners³⁾ Ansicht für die richtigere. Nach allgemeinen Grundsätzen und der Natur der gerichtlichen Procedur, von dem positiven Rechte ganz abgesehn, scheint es kaum einen erheblichen Zweifel zu haben, daß die Partheien, durch ausdrückliche oder stillschweigende Uebereinkunft, das fatale interponendi zu verändern und zu verlängern befugt; mithin auch die Richter nicht verpflichtet sind, auf Desertion zu erkennen, wenn die Parthei selbst sie nicht fordert. Denn

- 1) ist jedes Mitglied des Staats, was über das Seinige nach Willkühr verfügen kann und, aus dem einen oder andern Grunde, nicht in gewissen vormundschaftlichen Ver-

h ä l t n i s s e n ⁴⁾ steht, befugt, sein Recht ganz, oder theilweise, aufzugeben. Der Staat, oder dessen Regierung, hat blos dasjenige durch die richterliche Gewalt zu schützen, was Jemand als das Seinige in Anspruch nimmt, und wobei er, wenn sein Gegner es bestreitet, sich berechtigt glaubt, geschützt zu werden. Wenn also eine Parthei ihr Recht nicht fordert, oder ihr Gegner das Geforderte nicht bestreitet: so cessirt von selbst das Object der Prüfung und Entscheidung des Richters ⁵⁾;

1) D a n z Grundsätze des gemeinen Processes. §. 403.

2) J a h n de prorogat. et coarctat. convent. fatalis interponendae appellat. Giess. 1787. Klüber iurist. Biblioth. St. XX. S. 479.

3) G ö n n e r Handb. des gem. Processes B. 3. Nro. 59.

- 4) Daher kann die Staatsbehörde — ministère public — die Einrede der Desertion unstreitig in allen den Sachen opponiren, wo sie auch nur als Nebenparthei auftritt; wenn sie von der Hauptparthei etwa übergangen ist.
- 5) Grolman Theorie des gerichtl. Verfahrens. §. 78.
- 2) Leiden, nach dem gemeinen Prozesse, verschiedene gesetzliche und richterliche Fristen, oder peremptorische Termine, z. E. das fatale iustificandi, der terminus probatorius u. s. w. eine richterliche, oder gewillkührte Prorogation; wenn gleich der Proceß dadurch ebenfalls verzögert, und mithin der Zweck aller Fristen beschränkt wird; endlich
- 3) findet, nach dem ältern und jetzigen Proceßrechte, eine Conventional-Procedur statt. Kann nun aber,

ohne Nachtheil für das öffentliche Wohl, die ganze, durch die Gesetze eingeführte, gerichtliche Verfahrungsart, durch eine Uebereinkunft der Partheien, abgeändert werden; warum sollte denn der Sieger dem Besiegten nicht auch die Fatalien verlängern, oder deren Verabsäumung ungerügt lassen dürfen, in so fern er auf diesen Vortheil zu verzichten befugt ist?

Nach allgemeinen Principien wäre also die bejahende Entscheidung der obigen Fragen wohl gerechtfertigt. Ganz anders wird aber das Resultat ihrer Beantwortung ausfallen müssen, wenn das positive Recht den Ausspruch thut. Nach diesem, sowohl dem ältern ⁶⁾, als neuern, muß ich sie aus folgenden Rücksichten verneinen:

6) Gönner a. a. O. §. 4. ff.

1) Die französische und westphälische Proceßordnung gestatten keine Prorogationen der Fatalien des einzuwendenden Rechtsmittels auf den Grund einer ausdrücklichen, oder stillschweigenden, Uebereinkunft der Partheien. Sie bestimmen vielmehr ausdrücklich, ganz allgemein und ohne Restriction, daß die Einwendungsfrist, bei Strafe des Verlusts des Rechtsmittels, beobachtet werden soll 7).

7) Die Gesetzstellen finden sich in den Capiteln I — V. In dem Reglement über die vor den Staatsrath gebrachten streitigen Sachen, heist es Art. 19. noch besonders: „daß die Frist unter keinem Vorwande verlängert werden kann.“

2) werden die Erkenntnisse, wenn es versäumt ist, das zulässige Rechtsmit-

binnen der gesetzlichen Frist dagegen einzulegen, rechtskräftig ⁸⁾;

3) Verordnet die französische ⁹⁾ Proceßordnung: „Keine in dem gegenwärtigen Gesetzbuche enthaltene Androhung einer Nullität, Geldbusse, oder Versäumnifs, (d. h. Präclusion,) ist als bloße Verwarnung zu betrachten.“ Noch viel bestimmter heisst es aber in der westphälischen ¹⁰⁾ Proceßordnung: „Alle Verfügungen dieser Proceßordnung, durch welche Geldbußen, Nichtigkeit, oder Ausschliessung wegen Versäumnifs, verordnet sind, sind streng zu beobachten, und die Richter dürfen davon nicht abweichen.“

8) W. P. O. Art. 424.

9) Art. 1029.

10) Art. 950. Des Herrn Staatsraths von
Bar Rede, in Pfeiffers Rechtsfäl-
len. B. 1. St. 2. S. 79. f.

Durch diese positiven gesetzlichen Bestimmungen ist der Grundsatz sehr deutlich ausgesprochen, daß die Fatalien eben so, wie die Formalien, (z. B. das Daseyn der Appellationssumme) eines Rechtsmittels, von der Willkühr der Partheien ganz independent und lediglich ein Gegenstand der richterlichen Reflexion seyn sollen. Die, auf erfolgte Versäumnis der Einwendungsfrist, gesetzte Strafe des Verlusts des Rechtsmittels, muß daher ipso iure eintreten. Die Partheien sowohl, als die Richter sind angewiesen, den Buchstaben des Gesetzes streng zu befolgen. Das Gesetz nimmt gar keine Rücksicht auf die Willkühr der Partheien; sondern allein auf die, zum Wohl des Staats gereichende, Abkürzung der Pro-

cesse. Dergleichen gesetzliche Vorschriften dürfen aber weder durch Privatverträge der Partheien ¹¹⁾, noch durch richterliche Nachsicht abgeändert werden ¹²⁾.

11) Cod. Nap. Art. 6.

12) Wenn das Gesetz solche nicht gestattet; wovon der Art. 21. der Fr. und Art 389. der W. P. O. ein Beispiel geben.

Nach unsern gegenwärtigen Proceßgesetzen ist demnach die Beobachtung der Fatalien ebenfalls die Bedingung, von welcher die Zulässigkeit des Rechtsmittels selbst abhängt, und die Verabsäumung derselben wirkt so stark auf die Competenz desselben oder des Oberrichters, daß er von Amtswegen auf die Desertion erkennen muß; wenn gleich die Partheien diese Einrede nicht vorgebracht, oder die Frist vertragsmäßig verlängert haben. Wollte der Rich-

ter den Ablauf derselben nicht *ex officio* attendiren, und in einer desert gewordenen Sache sprechen: so würde er incompetent geurtheilt und gegen klare Gesetze verstossen haben; mithin sein Urtheil cassirt werden können und müssen ¹³⁾. Nur in dem, selten eintretenden, Falle dürfte das in der weitem Instanz gefällte Urtheil, — vermöge des Grundsatzes: *quod non est in actis, non est in mundo* — nicht als ungültig zu betrachten seyn; wenn der Richter, weder aus den Acten, noch aus der Plaidoirie, den Verlauf dieser Nothfrist wahrnehmen konnte ¹⁴⁾.

¹³⁾ von Bülow Commentar B. I. S. 295 und 296.

¹⁴⁾ Die hier abgehandelte Streitfrage ist auch eine der wichtigsten; aber bis jetzt nicht völlig entschiedenen, Controversen des französischen Processes. Sie kam am 21. Thermidor IX bei dem französi-

schen Cassationshofe vor, ward aber nicht
 bestimmt decidirt. Der kaiserliche Ge-
 neral-Procureur Merlin trug die oben
 aufgestellte Meinung vor; ging aber noch
 weiter, indem er selbst die, von mir zu-
 letzt gemachte Ausnahme nicht gelten
 läßt. „Effectivement, sagte er, on n'a
 jamais osé soutenir que des exceptions
 d'un ordre si relevé puissent être couvertes
 par les defenses sur le fond; jamais on n'a
 osé contester au juge le droit de les suppléer
 d'office, lorsque la partie interessée à les
 faire valoir, gardoit le silence; jamais
 même on n'a osé prétendre que
 ce ne fut pas pour lui un devoir
 impérieux. Hierin geht Merlin, wie
 ich glaube, zu weit; auch sind seine
 Grundsätze hierunter von den französi-
 schen Gerichten bisher noch nicht adop-
 tirt. Dagegen leidet es, wie ich mich
 überzeuge, keinen Zweifel, daß das öf-
 fentliche Ministerium, weil es sich
 aller Sachen annehmen kann, wo es sei-
 ne Einwirkung nöthig findet (Fr. P. O.
 Art. 83. Nro. 8 und W. P. O. Art. 44.
 Nro. 8.) ex officio sich danach erkundigen
 kann, ob die Nothfristen beobach-

tet sind — daß das ministère public, wenn es solche verabsäumt findet, auf ein desertorium anzutragen berechtigt ist. Man vergl. über diese Materie Merlin Repertoire univers. sub v. appel. und Praticien français, Tom. III. p. 49. seq. Uebrigens sind die von mir aufgestellten Grundsätze auch bei dem Appellationshofe in Celle bis jetzt befolgt.

§. 12.

Ist eine gehörig interponirte Appellation desert, wenn der Appellant sie binnen der gesetzlichen Frist nicht rechtfertigt?

Aus folgenden Gründen glaube ich diese Frage verneinen zu müssen:

- 1) Nach der Proceßordnung ¹⁾ giebt es nur eine absolute Nothfrist der Appellation, deren Versäumniß die Desertion, oder den Verlust der Appellation, nach sich zieht, d. i.

die Appellationseinwendungsfrist;

2) ist, nach dem Art. 362 der P. O. der Termin zur Rechtfertigung keine Nothfrist ²⁾; weil auf den Ablauf desselben keine Präclusion, wie bei dem fatale interponendi, bestimmt; vielmehr dem Appellaten blos die Befugniß eingeräumt wird, die Sache, vermittelst einer Anzeige — avenir — in die öffentliche Audienz zu bringen, wenn der Appellant seine Beschwerden, binnen der gesetzlichen Frist, nicht rechtfertigen und die Schrift insinuiren läßt ³⁾;

1) W. P. O. Art. 345 u. 346. Fr. P. O. Art. 443 u. 444.

2) W. P. O. Art. 363.

3) In Correctionssachen ist eine Ausnahme gemacht, und die Appellationsrechtfertigungsfrist, ein fatale. Correct. Proc. Ordn. Art 46. 47 und 72.

3) Kann der Appellant bloß submit-
 ren ⁴⁾ und seine Beschwerden, ohne
 einen sogenannten Appellationslibell,
 in der öffentlichen Gerichtssitzung
 mündlich rechtfertigen ⁵⁾, welches
 sogar in allen summarischen
 Sachen geschehen muß ⁶⁾; end-
 lich ist

4) auf die Verabsäumung der Rechtferti-
 gungsfrist, die Strafe der Desertion
 und Präclusion gar nicht gesetzt; der
 Richter darf aber nicht strenger seyn,
 als das Gesetz.

4) M. s. die vortreffliche Rede des Herrn
 Ministers des Innern, Grafen von
 Wolfradt, vor der b. Proceß-Ord-
 nung.

5) Rosenthal Handb. B. 2. Anh. S. 114.
 von Strombeck Handb. §. 639.

6) W. P. O. Art 363. Pfeiffer Rechts-
 fälle B. I. Nro. IV.

Rechtfertigt übrigens der Appellant seine Beschwerden weder schriftlich, noch mündlich im Audienztermine, und bleibt er damit ungehorsam zurück: so kann der Appellat um ein Contumacialerkenntniß bitten, und, nach den obigen Gründen, zwar nicht auf ein desertorium, aber auf Entbindung von der Appellationsinstanz antragen ⁷⁾. Dadurch wird das erste Erkenntniß noch nicht rechtskräftig, weil dem Appellanten die Opposition dawider zusteht); um indess dem Appellaten, während dieser Zeit, die Früchte seines Gewinnes in der ersten Instanz zu sichern, kann der Appellationshof zugleich das erste Erkenntniß für provisorisch vollziehbar, oder executorisch, in seinem Urtheile erklären ⁹⁾.

7) Nach der Analogie des 106. Art. der W. P. O., welcher, vermöge des 368.

Art. derselben, auch in der Appellationsinstanz zu beobachten ist.

8) W. P. O. Art. 117.

9) W. P. O. Art. 107. und 358.

§. 13.

Ist die Vorladung nichtig, wenn der Appellant in seiner Appellationsanzeige die Frist, binnen welcher der Appellat einen Anwalt bestellen muss, gar nicht, oder unrichtig angeführt hat?

Nach den Schlussworten des 356. Artikels der W. P. O. scheint es, als sey die Strafe der Nichtigkeit der Vorladung nur auf den Fall verordnet, wenn die Appellationsanzeige dem Appellaten nicht in Person, oder nicht an seinem Wohnsitze insinuirt ist ¹⁾. Aber auch in dem Falle muss sie eintreten, wenn der Appellant in seiner Appellationsanmeldung die Frist, binnen wel-

cher der Appellat einen Anwald beim Appellationshofe bestellen soll, entweder gar nicht, oder unrichtig angeführt hat. Denn

1) sagt der angeführte Artikel ausdrücklich, daß die Appellationsanzeige eine Vorladung mit den gesetzlichen Fristen ²⁾ enthalten soll;

2) bestimmt der Art. 6. Nro. 5. der Processordnung, daß in dem Exploit, bei Strafe der Nichtigkeit, die Frist angegeben werden soll, binnen welcher der Beklagte einen Anwald bestellen, oder erscheinen muß, und diese Regel ist, nach dem Art. 368 der W. P. O. auch für die Appellationsinstanz anwendbar.

1) Daher ist sie nichtig, wenn die Insinuation an den, in erster Instanz bestellten, Anwald geschehen ist. Pfeiffer Rechtsfälle B. I. Nro. 2.

In dem 22. und 23. Art. der W. P. O. sind die Vorladungsfristen sehr genau vorgeschrieben. Das Gesetz bestimmt diese Termine, damit der Beklagte, oder Appellat, erfährt, zu welcher Zeit er erscheinen, oder einen Anwalt bestellen soll, und macht dem Kläger, oder Appellanten, die genaue Anzeige derselben in der Vorladungsurkunde darum zur besondern Pflicht, damit der unkundige Beklagte hiervon genau unterrichtet und wider die gesetzlichen Präjudicien gesichert wird. Diese wohlthätige Absicht des Gesetzes würde aber verfehlt werden, wenn es dem Kläger, oder Appellanten, frei stehen sollte, die Erscheinungs- oder Anwaltsbestellungsfrist entweder gar nicht, oder unrichtig ³⁾ anzuführen. Aus diesen Gründen ist der Appellat allerdings berechtigt, die Aussprechung der Nichtigkeit einer solchen Vorladung, je-

doch erst nach Ablauf der Appellationsfrist ⁴), zu fordern ⁵). Uebrigens kann die begangene Nichtigkeit der Vorladung von dem Appellanten verbessert werden, wenn es innerhalb der, zur Anmeldung der Appellation vorgeschriebenen, zweimonatlichen Nothfrist geschieht, nach deren Ablaufe aber ist die Appellation desert, und die Sententia a qua hat die Wirkung einer abgeurtheilten Sache ⁶).

2) Selbst wenn dieser *a l l g e m e i n e* Ausdruck gebraucht, mithin die Frist zum Erscheinen nicht namentlich und bestimmt ausgedrückt ist, würde die Vorladung, strenge genommen, nichtig seyn. Oesterley und Spangenberg Commentar über die P. O. B. I. S. 165.

3) Z. B. der Kläger forderte den Beklagten in den Fällen des Art. 23 der P. O. auf, seinen Anwalt binnen vierzehn T a g e n zu bestellen.

4) Pfeiffer a. a. O. S. 15, 16 und 20.

5) Oesterley und Spangenberg Commentar B. 1. S. 276. von Strombeck Handb. §. 154. 187. 608. Oesterley Magazin B. 1. S. 66. ff. Opponirt aber der Beklagte diese Einrede nicht zu Anfang seines Vortrags, so ist sie verfallen. Fr. P. O. Art. 173. W. P. O. Art. 124. Lepage a. a. O. S. 320. ff.

6) Pfeiffer a. a. O. S. 15. 18. ff.

§. 14.

Kann der Richter die Ordnungsfristen verlängern, oder abkürzen?

Bei allen Fristen, welche die Gerichtsordnung zur Bestellung eines Anwaltes, Beantwortung der Klage, Einbringung der Replic, der Rechtfertigungsschrift und zu jedem andern gerichtlichen Act vorschreibt, kann der Richter nichts thun, als dem Buchstaben des Gesetzes folgen. Er darf weder ge-

linder noch härter seyn, als die Gesetze; da Alles, was sie deshalb androhen, ipso iure eintritt. Er ist daher die Ordnungsfristen so wenig abzukürzen, als zu verlängern befugt; wenn ihn das Gesetz ¹⁾ nicht ausnahmsweise dazu berechtigt. Sehr oft wird indess die eine oder die andere Parthei eine Verlängerung der Ordnungsfrist wünschen. Der Richter darf hier sein *nobile officium* nicht, wie ehemals, eintreten lassen (§. 19.), und so bleibt derselben nichts übrig, als entweder ihren Gegner um eine Prorogation aussergerichtlich zu bitten; oder, wenn solcher dazu nicht bereitwillig ist, in der Audienz zurück zu bleiben und sich *contumaciren* zu lassen. Beide Wege sind indess möglichst zu vermeiden. Der erste kann sehr leicht zur Einführung der schädlichen, proceßverzögernden, Conventionalfristen Veranlassung

geben ²⁾; da alle Handlungen des Processes in der Regel von Anwald zu Anwald gehen; der andere aber für die Parthei leicht gefährlich werden. Hat sie keine hinreichenden Gründe, weshalb von ihr kein Anwald bestellt, oder der bestellte nicht erschienen ist: so wird zwar die, wider den Contumacialausspruch ergriffene, Opposition, durch diesen Mangel, nicht als nichtig oder desert, zu betrachten; aber doch der Richter berechtigt seyn, bei fehlenden hinlänglichen Entschuldigungsursachen des Ungehorsams, die Opposition als unbegründet und unzulässig zu verwerfen, wodurch die Sache, wenn sie nicht appellabel ist, für die Parthei verloren geht. Die Französische Processordnung bindet freilich die Opposition an keine Causalien; allein die West-

phälische verordnet ausdrücklich:
 „Ausserdem muß der Opponent
 die Ursachen darthun, wegen deren
 er nicht erschienen ist, oder keinen An-
 wald bestellt hat“ ³). Hiernach ist der
 Richter allerdings befugt, die Opposition,
 bloß ob defectum causalium, zu verwer-
 fen; weil sonst diese Vorschrift ganz un-
 nütz und es jedem Beklagten frei stehen
 würde, bloß aus Chikane, oder um
 Zeit zu gewinnen, und nicht, wie
 die Absicht des Gesetzes ist ⁴), wegen
 Unmöglichkeit der Vertheidi-
 gung, sich contumaciren zu lassen, und
 durch diese Operation die Sache, zum
 Schaden seines Gegners, absichtlich zu
 verzögern. Im glücklichsten Falle würde
 die Parthei doch aber immer die Contu-
 macialkosten tragen müssen, und der
 säumige Anwald in eine Geldbusse von

5 — 100 Franken verurtheilt werden können ⁵).

- 1) Ein solcher Fall findet sich z. B. im Art. 279 und 280 der Fr. P. O. Code de Commerce Art. 59.
- 2) Dieses wird schon jetzt in einem Falle sichtbar. Die Anwölde der Appellaten scheuen sich, auf eine Audienz anzutragen, ehe sie die Rechtfertigungsschrift des Appellanten erhalten haben, wenn gleich die, zu deren Insinuation bestimmte, gesetzliche Frist (P. O. Art. 362.) längst verstrichen ist; weil sie von dem Appellanten eine mündliche Rechtfertigung seiner Beschwerden, in der von ihrer Seite extrahirten Audienz, besorgen und sich dagegen nicht sogleich vertheidigen zu können glauben. Allein dies ist wirklich eine eitle und offenbar zum Verschleif der Sache führende Besorgniss. Ein rechtserfahrender und talentvoller Anwald wird dem Appellanten auf der Stelle antworten und ihn widerlegen können. Hat aber derselbe neue erhebliche Momente vorgebracht, die nicht sogleich aus dem Wege zu räumen

sind, und wogegen man sich nicht sofort gründlich vertheidigen kann: so ist es dem Appellaten erlaubt, auf die Ansetzung eines andern Audienztermins anzutragen. Das Gericht kann und wird dem Gesuche statt geben (P. O. Art. 51 u. 74. von Strombeck Formulare I. 274.) und dem Appellaten, in einem solchen Falle, mit seiner Vertheidigung nicht entthören. Der einzige Nachtheil für ihn könnte in dem Ersatze der Kosten des Termins bestehen; der aber in den meisten Fällen für den appellatischen Theil nicht so verderblich ist, als der, durch die Nachsicht seines Anwaltes, veranlasste Verzug der Entscheidung.

3) Art. 113.

4) Der Herr Minister des Innern, Graf von Wolfradt, sagt in der angeführten Rede: „Das Ausbleiben einer Parthei kann jedoch unwillkürlich und ohne ihr Verschulden seyn. Für diesen Fall steht derselben die Opposition zu.“

5) W. P. O. Art. 951. von Strombeck Handb. §. 189.

Wannehr darf der Richter die ordentlichen Fristen abkürzen?

Im Allgemeinen wird man hier als Regel annehmen dürfen, daß der Richter die gesetzlichen Fristen nur dann verkürzen kann; wenn der Kläger Gefahr läuft, durch die Beobachtung der ordentlichen Fristen, sein Recht, oder seinen Anspruch, ganz oder zum Theil zu verlieren ¹⁾.

1) W. P. O. Art. 737. Fr. P. O. Art. 806.

In Correctionssachen kann die Vorladungsfrist gar nicht vom Richter abgekürzt werden. von Bülow Commentar B. 1. S. 156.

1) Ist der Gegenstand der Sache eben so dringend als eilig, und die Gefahr des Verlusts so groß, daß ein Aufschub von wenigen Stunden, oder eines Tages, einen unersetzlichen

Schaden herbeiführen würde ²⁾, was z. B. bei Beschlaglegungen, Verhaftungen, Arresten, Executionen, Aufhebungen von Arresten u. s. w. oft der Fall seyn kann; so findet ein Référé in dem Maasse statt, daß der Präsident, oder dessen Stellvertreter, den Beklagten, unverzüglich in dem Zimmer des Präsidenten zu erscheinen, vorladen lassen kann ³⁾;

2) Daher kann in Handelssachen der Beklagte auf den nächstkommenden Tag, auf die nächste Stunde, vorgeladen werden. Fr. P. O. Art. 417 u. 418.

3) Oesterley und Spangenberg Commentar B. I. S. 124.

2) Ist die Sache zwar eilig, aber nicht so dringend: so wird der Kläger angewiesen, seinen Gegner in

die gewöhnliche Audienz der Référés vorladen zu lassen ⁴⁾; endlich ist

3) die Sache weder eilig, noch dringend, aber in der Hinsicht summarisch zu behandeln, daß die Beobachtung der ordentlichen Fristen einen Nachtheil besorgen läßt: so kann der Präsident den Antrag des Klägers, den Beklagten unter einer kürzern Frist vorladen lassen zu dürfen, gewähren ⁵⁾. Bei allen Vorladungen, ohne Erlaubniss des Richters, müssen die gesetzlichen Fristen ⁶⁾ beobachtet werden und, wenn der Beklagte glaubt, daß der Fall zu einer Fristverkürzung sich nicht qualificire, muß er solches als dilatorische Einrede vorbringen, und auf ein Erkenntniss hierüber antragen ⁷⁾.

4) Hierüber ist der schätzbare Aufsatz des Dr. Spangenberg: über die Ré.

férés, in dessen und Oesterley Magaz-
zin I. 339. f., besonders nachzulesen.

5) Fr. P. O. Art. 72 u. 808. W. P. O. Art.
22, 141, 738.

6) welche der Art. 72 u. 73 der franzö-
sischen und der Art. 22 u. 23 der west-
phälischen P. O. vorschreiben.

7) Oesterley und Spangenberg Com-
mentar I. 276. f.

§. 16.

*In wie fern kann der Richter die ordentlichen
Fristen verlängern?*

Das Gesetz nimmt an, daß die Ord-
nungsfristen völlig hinreichen, um binnen
derselben die gerichtliche Handlung zu
verrichten, ohne die Parthei zu
übereilen. Nur eine Ausnahme fin-
det sich in dem Falle gesetzlich gemacht,
wenn nemlich innerhalb des Reichs ei-

nem Ausländer die Vorladung zuge-
stellt wird. Er muß zwar binnen der ge-
setzmäßigen Frist erscheinen, allein das
Tribunal ist berechtigt, auf sein Gesuch,
die Ordnungsfrist zu verlängern; damit
er sich die, zu seiner Vertheidigung et-
wa erforderlichen, Subsidien verschaffen
kann ¹⁾. Aus eben diesem Grunde ist
das Gericht unstreitig ermächtigt, eine
nachgesuchte Verlängerung der gewöhn-
lichen gesetzlichen Frist zu verstatten;
wenn der Beklagte keine proceßverzöger-
liche Intention hat; vielmehr in seinem
Antrage die Unmöglichkeit zeigt,
eine ihm obliegende Handlung, binnen
der Ordnungsfrist, zu verrichten, z. B.
die Urkunden, worauf er seine Verthei-
digung stützen will, oder die er produci-
ren und niederlegen soll, liegen an weit
entfernten Orten zerstreut, befinden sich
inden Händen eines Dritten u. s. w. Bil-

lig kann in einem solchen Nothfalle der Richter, ganz der Absicht des Gesetzes conform, die erbetene Frist verlängern und erstrecken ²⁾).

1) Fr. P. O. Art. 74. W. P. O. Art. 24.

2) Pigeau la procedure civile des Tribunaux de France. Tom I. p. 187. Oesterley Erläuterung I. 114. f.

§. 17.

Fälle, wo das Gesetz den Lauf der Fristen hemmt, oder sie durch Zusätze verlängert.

Hin und wieder werden die Ordnungsfristen und Fatalien, durch Aufschub oder Zusätze, noch besonders verlängert ¹⁾. Die erheblichsten Fälle der Art sind folgende:

1) Die Appellations- und Cassationsfristen erhalten durch den

Tod der verurtheilten Parthei, bis zum Ablauf der zur Inventuraufnahme und als Bedenkzeit gestatteten Fristen, einen Aufschub, oder mit andern Worten, die Deliberationsfrist und die Frist zur Confection eines Inventarii wird der Appellations- und Cassationsfrist hinzugerechnet ²⁾;

2) Dasselbe tritt bei der Einwendungsfrist des Rechtsmittels der Restitution — requête civile — ein ³⁾;

1) Dafs durch diese Verlängerungssachen der Proceß sehr verzögert werden kann, zeigt Erhard in seiner Einleitung S. 17. ff. zu der Uebersetzung der französischen Gerichtsordnung.

2) Fr. P. O. Art. 447. W. P. O. Art. 348
R e g l e m e n t für den Staatsrath
Art. 21.

3) Für diejenigen, welche ausserhalb Landes wohnen — Ausländer — werden der Appellations- und Cassationsfrist, die gewöhnlichen Vorladungsfristen ⁴⁾, annoch hinzugerechnet ⁵⁾; und eben diese Verlängerung genießt ein Ausländer, der sich blos im Lande aufhält. Ein Einländer aber, der sich im Auslande temporell aufhält, oder dort nur residirt, kann auf diese Verlängerung keinen Anspruch machen ⁶⁾. Dahingegen kann sie derjenige Einländer, wie ich glaube, reclamiren, der im Dienste des Staats im Auslande residiren muß ⁷⁾;

3) Fr. P. O. Art. 487. W. P. O. Art. 433.
Oesterley Erläuter. II. 30. v. Strombeck Handb. §. 710.

4) Sehr abweichend sind solche in der französischen (Art. 73.) u. in der

westphälischen (Art. 23.) P. O.
bestimmt.

5) Fr. P. O. Art. 445 und 446. W. P. O.
Art. 347. Reglement f. d. St. R.
Art. 20 u. 29.

6) von Strombeck Handb. §. 593.

7) Nach der Analogie der Fr. P. O. Art.
446 u. 485 und der W. P. O. Art. 431.

4) Ein gleiche Verlängerung kommt
Ausländern bei dem fatale der Ein-
wendung des Rechtsmittels der Wie-
dereinsetzung in den vorigen Stand zu
statten ⁸⁾;

5) Einländern, die im Dienste des
Staats abwesend, oder in auswärti-
gen Angelegenheiten angestellt sind,
kommt noch ein Jahr, ausser der ge-
wöhnlichen Einlegungsfrist des Rechts-
mittels der Restitution, zu Gute ⁹⁾,

8) Fr. P. O. Art. 486. W. P. O. Art. 432.

9) Fr. P. O. Art. 485. W. P. O. Art. 431.

6) Die Frist, binnen welcher das gerichtliche Verfahren perimirt, erhält in allen den Fällen einen Zusatz von sechs Monaten, wo ein neuer Anwald bestellt werden muß ¹⁰⁾;

7) Bei Bestimmung der, für die Vorladungen ¹¹⁾, Aufforderungen und andere, einer Parthei in Person oder an ihrem Wohnsitze, zu insinuierende Handlungen, im Allgemeinen festgesetzten Fristen, wird für jede drei Meilen der Entfernung, von dem Sitze des Gerichts, ein Tag hinzugerechnet, und dieser Supplementairtag verdoppelt, wenn dabei eine Reise, oder ein Hin- und Zurückschicken erforderlich war ¹²⁾. Auf Handlungen, die von Anwald zu Anwald gehn ¹³⁾, und auf die, bei den Rechtsmitteln

zu beobachtenden, Nothfristen
läßt sich übrigens diese Hinzurech-
nung nicht anwenden ¹⁴⁾.

10) Fr. P. O. Art. 397. W. P. O. Art 330.

11) von Strombeck Formulare II.
421. f.

12) Fr. P. O. Art. 5 u. 1033. W. P. O.
Art. 202, 511 u. 953. Mit der Entfernung
ist es kaum so ganz strenge zu neh-
men. Oesterley a. a. O. III. 308.
von Strombeck Formulare I. 198.
Dieser Zusatz findet auch bei Vorladun-
gen in Correctionssachen statt.
von Bülow Commentar B. 1. S. 151

13) von Strombeck Formulare II. 421.

14) Pfeiffer Rechtsfälle B. I. Nro. III.
Rosenthal Handb. B. II. Anh. S. 46.
von Strombeck Handb. §. 593.

*Ist der Beweistermin als eine Noth-
frist anzusehen?*

Unter der Herrschaft der vormaligen Proceßgesetze war es eine, sehr oft erneuerte, Streitfrage: ob der richterlich bestimmte Beweistermin, als eine Nothfrist anzusehen; mithin ipso iure peremptorisch sey, oder nicht? Der größte Theil der practischen Schriftsteller war für die präclusive Kraft desselben, und erstreckte diese Wirkung auf alle Arten der Beweismittel ¹⁾. Nach dem gemeinen Rechte läßt sich indess nicht behaupten, daß die vom Richter bestimmte Beweisfrist peremptorische Wirkung hat, wie von mehrern vorzüglichen Schriftstellern über den Proceß ausführlich gezeigt ist ²⁾.

1) Oelze Anleit. zur gerichtlichen Praxis.

§. 177. Danz Grundsätze des gemeinen Processes. §. 262.

2) G ö n n e r Handb. des gemeinen Proces-
ses B. 2. Nro. 73. §. 29. M a r t i n
Lehrb. des bürgerl. Processes, 2te Auf-
lage. §. 177. Koch de initio termini
probatorii. §. 4.

Die französische Processord-
nung macht es den Richtern nicht zur
Pflicht, einen Beweistermin zu bestim-
men, und mithin kann die obige Frage
dort nicht zur Sprache kommen. Das
eigentliche Beweisinterlocut ist
nach der französischen Gesetzgebung eli-
minirt; wenn es gleich sonst den Ge-
richtshöfen und Tribunälen frei steht,
vor dem endlichen Rechtsspruche, an-
noch von Amtswegen einen nöthigen Be-
weis zu erfordern und aufzuerlegen ³).
Einem solchen Erkenntnisse ist aber nir-
gends die Wirkung der Präclusion,
oder Desertion, beigelegt. Jede Par-
thei muß ihre Behauptung, ihr facti-
sches Vorbringen, ohne welches der

Richter ihr behauptetes Recht nicht anerkennen kann, beweisen und zugleich die Mittel anzeigen, wodurch sie dasselbe darzuthun gedenkt. Gründet sie ihre Behauptungen auf Urkunden: so müssen sie der Klage oder Exception beigelegt ⁴⁾; gründet sie dieselben auf Zeugen: so müssen in den Fällen, wo der Beweis per testes zulässig ist, die Zeugen benannt, und die facta articulirt werden, worüber sie deponiren sollen. Leugnet der Gegentheil diese Thatsachen, binnen der bestimmten Frist ab: so prüft das Gericht, ob die facta concludent und zulässig sind; erkennt sodann auf dieselben und das Verhör der Zeugen, und ernennt dazu im Urtheile einen der Richter. Eben so wird mit dem Gegenbeweise verfahren ⁵⁾. Es kann also hier, in der Regel, nie die Rede von einem auferlegten, sondern

bloß von einem freiwilligen, oder nach der sonstigen Gerichtssprache, anticipirten ⁶⁾ Beweise seyn. Nur bei dem Zeugenbeweise schreibt die französische Proceßordnung, bei Strafe der Nichtigkeit, oder Desertion desselben, gewisse Fristen vor. Es soll nemlich das Verhör, nach dem Unterschiede, ob es am Orte des Gerichts, oder an einem entfernten Orte vorgenommen wird, binnen acht Tagen, von dem Tage anzurechnen, wo der Richter die Ordonnanz zur Vorladung erläßt, anfangen ⁷⁾, und binnen acht Tagen, von der Abhörnung des ersten Zeugen angerechnet, vollendet seyn; in so fern das Urtheil nicht eine andere Frist vorbestimmt, oder die Parthei Prorogation nachgesucht und erhalten hat ⁸⁾. Diese Termine sind also wahre gesetzliche Fatalien.

3) Fr. P. O. Art. 254, 451, 452, 473.

4) Fr. P. O. Art. 65 u. 77. Ist auf schriftliches Verfahren erkannt: so müssen die Be- und Gegenbeweiskunden binnen 14 Tagen producirt werden. Fr. P. O. Art. 96. ff.

5) Fr. P. O. Art. 256.

6) Vom anticipirten Beweise s. m. insonderheit Gönner a. a. O. B. 2. Nro. 40.

7) Fr. P. O. Art. 257, 258 u. 259.

8) Fr. P. O. Art. 278 u. 279.

Die westphälische Proceßordnung weicht bei dieser Materie wesentlich von der französischen ab, und man kann daher die Metaphisik und Jurisprudenz der letztern nicht wohl auf die erstere anwenden. Jene bestimmt:

daß in allen Fällen, wo die Partheien über erhebliche, in ihrer Klage oder

ihren Einreden angeführte, Thatsachen nicht einig sind, durch ein interlocutorisches Erkenntniß auf deren Beweis — wenn nemlich die Beweisführung an sich zulässig ist — erkannt und in dem Interlocut bestimmt werden soll: wer zu beweisen hat; was zu erweisen und binnen welcher Frist der Be- und Gegenweis anzutreten ist ⁹⁾).

9) W. P. O. Art. 73. Ueber die Interlocute vergl. man Gönner a. a. O. B. 2. Nro. 38.

Ein freiwillig anzutretender Beweis und eine anticipirte Beweisführung sind also nicht mehr zulässig ¹⁰⁾. Nur fragt es sich: ist die der richterlichen Bestimmung überlassene Beweisfrist als eine Nothfrist anzusehn, oder nicht? Die Frage ist von bedeutendem Interesse.

Wird sie verneint: so würde der Beweis, selbst nach abgelaufener Frist, noch immer und bis dahin angetreten; um Er-
 streckung des Beweistermins gebeten und
 die Contumaz, wie man sagt, gereinigt
 werden können, daß der Gegner den Ab-
 lauf der Beweisfrist annehmenn, den
 Ungehorsam angeklagt und der Richter
 die Desertion des Beweises ausgesprochen
 hat. Wird sie hingegen bejahet: so
 bedarf es, *elapso terminis*, keiner Con-
 tumacialanklage und keines Präclusivbe-
 scheides oder Erkenntnisses, da die Fol-
 gen des Ungehorsams dann kraft des Ge-
 setzes eintreten (§. 4.). Es ist ferner keine
 Verlängerung des Beweistermins zuläs-
 sig¹¹⁾; der ganze Beweis wird desert,
 und diese präclusive Wirkung erstreckt
 sich über alle unbenutzten Beweis-
 mittel, Urkunden, Zeugen — welche
 nicht besonders privilegiert, d. h. an

ken ein Beweistermin gebunden und in jeder Lage des Processes zulässig sind ¹²). Nach meiner Meinung muß man der, richterlich bestimmten, Beweisfrist überhaupt peremptorische Wirkung beilegen, und zwar aus folgenden Gründen:

1) der Art. 200 unserer Proceßordnung schreibt vor:

„Der Beweis des Klägers und der Gegenbeweis müssen binnen der durch
„das interlocutorische Erkenntniß
„(Art. 73.) bestimmten Frist angetreten werden; diese Frist ist peremptorisch, und läuft von dem Augenblicke an, wo das Erkenntniß rechtskräftig geworden ist“ ¹³).

Diese Vorschrift ist ganz allgemein. Sie läßt sich auf alle, nicht besonders begünstigte, Beweismittel anwenden; wenigstens kann der Um-

stand, daß sie in den, von Zeugen-
verhören handelnden, Titel aufge-
nommen ist, nicht zu der Vermu-
thung berechtigen, daß der Gesetz-
geber die peremptorische Kraft dersel-
ben bloß auf die Frist, zur Antre-
tung des Beweises durch Zeu-
gen, habe beschränken wollen ¹⁴⁾;

10) Die in den Art. 9, 10, 35, 54, 56 ff.
der W. P. O. gleichfalls vorgeschrie-
bene Production und Mittheilung aller
bei der Klage und Exception inducir-
ten Urkunden, enthält keine freiwil-
lige Beweisantrittung. Dadurch
soll bloß ausgemittelt werden, ob der
Gegner die Urkunden anerkennt, oder
nicht; was unter den Partheien streitig
ist; eines Beweises bedarf und wer als-
dann beweisen muß.

11) W. P. O. Art. 950.

12) z. B. der Eid, Cod. Nap. Art. 1360,
und die Vernehmung der Par-

theien über Artikel und That-
sachen. W. P. O. Art. 359. Fr. P. O.
Art. 324.

13) Ueber den Lauf und die Berech-
nung der Beweisfrist, vergleiche
man den lesenswerthen Aufsatz von Oe-
sterley, in dessen und Spangen-
bergs Magazin B. 1. S. 361. ff.

14) Dieser Meinung ist von Strombeck
im Handbuche §. 351.

2) Ist dem Richter, im Art. 73 der Pro-
cessordnung, die Vorschrift gegeben,
zu bestimmen, binnen welcher Frist
der Be- und Gegenbeweis angetreten
werden soll. Der Art. 200. ist also
unstreitig als eine F o r t s e t z u n g
oder Erläuterung des erstern zu
betrachten, und wenn derselbe die Be-
und Gegenbeweisfrist ganz allge-
mein für peremptorisch erklärt: so
ist zugleich durch diese generelle Be-
stimmung eine Ausnahme von der

sonst allgemeinen Regel sanctionirt, vermöge welcher die richterlichen Fristen keine Präclusivwirkung haben, sondern des Gegners Contumacialanklage und richterliches Erkenntniß erfordern. Die Richtigkeit dieser Ansicht gewinnt an Stärke, wenn man

- 3) erwägt, daß nach der Bemerkung eines der größten Kenner des alten und neuen Proceßverfahrens, des Herrn Ministers Grafen von Wolf-
radt ¹⁵⁾, das Beweisverfahren im Ganzen hat beibehalten werden sollen, was bisher beobachtet wurde. Beinahe nach allen vormaligen Proceßordnungen und nach einem fast durchgehends üblichen Gerichtsgebrauche ward aber der Beweistermin als eine Nothfrist angesehen und behandelt ¹⁶⁾; endlich

4) würde, wenn man die entgegengesetzte Meinung adoptiren will, der Richter nicht einst berechtigt seyn, zur Antretung des Beweises eine Präjudicialfrist zu bestimmen; weil derselbe, bei Bestimmung der rechtlichen Wirkungen seiner Termine, nicht strenger seyn darf, als die Gesetze. Allein die letztern sind durchgehends für die Beschleunigung und Abkürzung der Prozesse, und diese wohlthätige Absicht würde ganz gewiß vereitelt, wenn man den Beweisterminen die peremptorische Kraft entziehen dürfte.

15) in der bekannten Rede vor der Processordnung.

16) Oelze und Danz a. a. O.

Dritter Abschnitt.

Allgemeine Regeln, welche bei den Fristen
und Terminen zu beobachten sind.

§. 19.

Erste Regel. Die in den Proceßordnungen vorgeschriebenen Fristen, Fata-
lien und Termine sind strenge zu beob-
achten; die Richter dürfen davon unter
keinem Vorwande abweichen; keine Re-
stitution wider deren Ablauf ertheilen ¹⁾;
sie weder verlängern, noch abkürzen,
wenn ihnen das Gesetz diese Befugniss

nicht namentlich beilegt, und sie müssen die Strafen des Ungehorsams und der Negligenz ²⁾, z. B. Präclusion u. s. w. aussprechen, welche die Gesetze auf die Verabsäumung der Fristen und Termine bestimmt haben ³⁾;

1) Des Prätors *clausula generalis*, in der leg. 1, §. 1. in f. D. ex quibus causis maiores, ist jetzt wirkungslos. Oesterley Erläut. I. 23. von Bülow Commentar B. I. S. 296.

2) Nachlässigkeit ist vorhanden: wenn der, welcher die Sache betreibt, irgend eine Förmlichkeit versäumt, oder eine zum Verfahren gehörige Handlung, binnen den vorgeschriebenen Fristen, unterlassen hat. Fr. P. O. Art. 722. W. P. O. Art. 659.

3) Der Art. 1029 der fr. P. O. sagt: keine Androhung einer Nullität, Geldbusse, oder Versäumniss, ist als blosser Verwarnung zu betrachten. Noch bestimmter drückt sich darüber

der Art. 950 der westphäl. P. O. aus.
Man vergleiche die angeführte Rede des
Herrn Staatsraths von Bar.

Zweite Regel. Die Verabsäumung der, zur Einwendung des Rechtsmittels der Opposition, Appellation ⁴⁾, Wiedereinsetzung in den vorigen Stand und der Cassation, vorgeschriebenen Fristen hat die Strafe der Desertion, oder den Verlust des Rechtsmittels, zur Folge.

4) Oesterley über den Lauf der Appellationsfrist, in dessen und Spangenberg's Magazin B. 1. S. 505. ff.

Dritte Regel. Die Ordnungsfristen sind kraft des Gesetzes zerstöhrlich ⁵⁾; die von den Gerichtshöfen und Tribunalen bestimmten Fristen hingegen (Cap. VII.) haben, mit Ausnahme des Beweistermins (§. 18.), in der Regel nur die Wirkung einer dilatorischen Ladung, und die Folgen

ihrer Vernachlässigung treten erst mit der Contumacialanklage und der darüber erfolgten Entscheidung ein. Bis dahin ist es der versäumenden Parthei erlaubt, entweder um eine neue Frist zu bitten, oder sich, durch Befolgung der Auflage, von der Contumaz zu reinigen;

Vierte Regel. Wenn das Gesetz auf den Ablauf der Frist, oder die Unterlassung der vorgeschriebenen Handlung, keine besondere Strafe, keine Präclusion, oder kein anderes Präjudiz gesetzt hat: so kann der Act auch noch später geschehn ⁶⁾.

5) Rosenthal Handb. B. 2. Anh. Nro. 6. S. 328.

6) z. B. die im Art. 188 der Franz. und 137 der Westphäl. P. O. vorgeschriebene gegenseitige Mittheilung der Beweisurkunden.

Fünfte Regel. Eine jede Verabsäumung der, binnen der gesetzlichen Frist, zu bewirkenden Handlung berechtigt den Gegentheil, auf ein Contumacialerkenntniss anzutragen ⁷⁾. Das Gericht darf sich unter keinem Vorwande weigern, das gesetzliche Präjudiz auszusprechen, und es kann keine Frist, wider des Gegners Willen, dazu gestatten ⁸⁾. Den Anwälten ist es indess nicht untersagt, zur Verhandlung der Wechselschriften, eine Verlängerung der dazu bestimmten Ordnungsfristen einander zu gewähren. (§. 14.)

7) Spangenberg proc. civil. in regno Westph. §. 172.

8) von Strombeck Handbuch §. 189.
Anmerk.

Sechste Regel. Jedes Fristgesuch erfordert der Regel nach eine richterliche Berathschlagung und ein richterliches Erkenntniß; in summarischen Sachen wird darüber gleich auf der Stelle erkannt ⁹⁾.

Siebente Regel. Bei der Vorladungsfrist kommt, wenn mehrere Personen zusammen vorgeladen werden, allen diejenige Frist zu statten, welche für die — vom Gerichtssitze ¹⁰⁾ — entfernteste Person unter ihnen vorgeschrieben ist ¹¹⁾.

9) Fr. P. O. Art. 122, 174, 279, 280 und 409. W. P. O. Art. 79, 83, 125 und 129.

10) Die Entfernung wird stets von dem Orte, wo das Gericht residirt, und nicht nach den Wohnorten der

Partheien unter einander berechnet.

Oesterley Erläuter. III. 308.

11) W. P. O. Art. 26.

Achte Regel. Die Fatalien und Ordnungsfristen fangen von dem Tage zu laufen an, wo das Erkenntniß, oder die Verfügung, der Parthei in Person, oder an ihrem Wohnsitze, ordnungsmäßig insinuirt ist ¹²⁾; wenn das Gesetz keine Ausnahme vorschreibt und bestimmt, daß der Lauf der Frist, entweder vom Tage der Rechtskraft ¹³⁾; oder von dem Tage der an den Anwalt geschehenen Insinuation ¹⁴⁾; oder aber von dem Tage der geschehenen Publication des Erkenntnisses ¹⁵⁾; oder einem sonstigen Zeitpuncte ¹⁶⁾, anheben soll.

12) Spangenberg proc. iudic. civil. in regno Westph. §. 171.

13) W. P. O. Art. 200.

14) Fr. P. O. Art. 723 und 734. W. P. O. Art. 660.

15) W. P. O. Art. 671. Correct. Proc. Ord n. Art. 46.

16) z. B. bei Minderjährigen. Fr. P. O. Art. 444, 484. W. P. O. Art. 346, 355, 430. R e g l e m e n t für den Staatsrath. Art. 19.

Neunte Regel. Bei den, zur Einwendung der Rechtsmittel sowohl, als bei den zum Aufschub und in jedem gerichtlichen Verfahren, bestimmten Fristen, darf man niemals, weder den Tag der Bekanntmachung, oder Insinuation, noch den Tag des Ablaufs der Frist, mitrechnen ¹⁷⁾. Auf Acte, die von Anwald zu Anwald gehn, will man indess diese Regel nicht ausdehnen ¹⁸⁾.

17) Dies termini, non computantur in termino. Also auch in Cor-

rectionssachen. von Bülow
 Commentar B. I. S. 151. Fr. P. O. Art.
 1033. W. P. O. Art. 953. Regle-
 ment für den Staatsrath Art. 29. Be-
 schlufs des Staatsraths vom 1. Decbr.
 1810, im westphäl. Monit. Jahr 1811.
 Nro. 31. Oesterley Erläuter. III.
 310. f. von Strombeck Handb.
 §. 596.

18) von Strombeck Formulare II. 421.
 M. s. auch Rosenthal Handb. B. 2
 Anh. Nro. 6. S. 383. ff.

Zehnte Regel. Jeder Anwalt,
 welcher die gesetzlich vorgeschriebenen
 Fristen und Termine versäumt hat, kann
 vom Gerichte zu einer Geldbusse von 5
 bis zu 100 Franken verurtheilt wer-
 den ¹⁹⁾.

19) Nicht mufs. W. P. O. Art. 956. von
 Strombeck Handb. Th. I. S. 107.

Elfte Regel. Die gesetzlich be-
 stimmten Fatalien, Fristen und Termine

laufen wider eine jede Parthei, ohne Unterschied; und die auf den Ablauf derselben gesetzten Strafen der Desertion, Peremption und Präclusion treffen mithin den Staat, die öffentlichen Anstalten; Domainen, den Schatz, Gemeinden, Gesellschaften, Corporationen und überhaupt jede Parthei, selbst Minderjährige und Interdicirte; jedoch mit Vorbehalt des Entschädigungsanspruchs gegen ihre versäumenden Officianten, Agenten, Anwölde, Verwalter und Vormünder ²⁰).

20) Fr. P. O. Art. 398 und 444. W. P. O. Art. 331. 346. Spangenberg proc. civil. h. 174.

Zwölfte Regel. Die gesetzlich bestimmten Fristen und Termine sind, ohne besondere Bestimmung ihrer Zeitberechnung ²¹), allgemein vorgeschrieben, und es ist also darunter ein

tempus plene continuum zu verstehen ²²). Die Berechnungsart der Fristen ist daher, in Rücksicht ihres Anfangs und Laufs, folgende:

1) das Jahr ist das Julianische, und enthält mithin dreihundert und fünf und sechszig Tage ²³);

21) Koch Belehrungen über Mündigkeit, Civilcomputation und Schalttag. Giess. 1796. Hugo civilist. Magazin B. 3. S. 6. Gmelin über Zeit und Zeitberechnung nach röm. Rechtsprincipien, im iurid. Archiv B. 1. S. 577. ff. Zachariä Handb. des franz. Civilrechts, 2te Aufl. Heidelb. 1811, B. 1. §. 42. Zeitbestimmungen nach Napoleons Gesetzbuche, in Frühlings Erinnerungsblättern über Gegenstände aus dem franz. und westphälisch. Civilrechte. Helmstädt 1810. Nro. 5.

22) Die Art. 1037 der franz. und 957 der westphäl. Proc. Ordn. verbieten nur die Insinuationen und Executionen

an Feier- und Festtagen. Oester-
ley Erläuter. III. 311.

23) L. 134. D. de verbor. significat. L. 51.
§. 2. D. ad leg. Aquil. L. 4. §. 5. D. de
statu lib. Koch a. a. O. §. 1.

2) der Monat wird nicht nach dem Ka-
lender ²⁴⁾, sondern zu dreißig
Tagen gerechnet ²⁵⁾;

24) Koch a. a. O. §. 2.

25) Dieses ist dem gemeinen Rechte
gemäfs. L. 101. D. de regulis iur. L.
ultim. §. 1. und L. 2. C. de iur. delib.
Nov. 115. c. 2. So wurden 60 Tage für
zwei Monate und 90 Tage für drei
Monate angenommen. L. 3. §. ult. D.
de suis et legitim. hered. L. 28. und 38.
de aedilit. edicto.

3) Der Tag ist b ü r g e r l i c h, und
nicht natürlich ²⁶⁾; mithin von
Mitternacht zu Mitternacht zu be-
rechnen: enthält also vier und
zwanzig Stunden ²⁷⁾.

26) Der natürliche Tag beginnt mit Aufgang der Sonne und endigt mit deren Niedergange. Derselbe ist in Frankreich nach der von der Regierung autorisirten Rechnung, über den Auf- und Niedergang der Sonne, zu berechnen. Pratic. franç. Tom. V. 12. seq. In Westphalen gilt eine andere Berechnung desselben. W. P. O. Art. 712 u. 957. In der Ordonnance civile vom April 1667 ist der natürliche Tag berechnet und die Nacht ausgeschlossen. Bei Insinuationen, Executionen und Verhaftungen hat man auf den natürlichen Tag zurückgesehn. Fr. P. O. Art. 781, 1037. W. P. O. Art. 712 und 957.

27) More romano dies a media nocte incipit et sequentis noctis media parte finitur: itaque quidquid in his viginti quatuor horis actum est, perinde est, quasi quavis hora lucis — Tagszeit — actum esset. L. 8. D. de feriis. Gmelin a. a. O. §. 5. Merlin l. c. s. v. date §. 2. Bibl. du barreau, 1809.

P. 2. Tom. I. p. 265. — Die Ver-
jäh rung wird übrigens nach Tagen
und nicht nach Stunden (a momento
in momentum) berechnet. Cod. Nap.
Art. 2260 u. 2261. Zachariä Handb.
des franz. Civilrechts 2te Aufl. Heidel-
berg 1811. B. I. §. 150. Schrader von
der Civilzeitberechnung des fr. Rechts,
in Oesterley Magazin B. III. 481.

§. 20. b.

Dreizehnte Regel. Fristen, die
auf Stunden beschränkt sind, müssen
von dem Augenblicke ihres Anfangs, bis
zum Augenblicke ihres Endes, (de mo-
mento ad momentum) berechnet wer-
den ¹⁾; wenn kein Fest- und Feier-
tag in die Stundenfrist fällt. Ist letzte-
res der Fall: so wird der Feier- und Fest-
tag nicht mitgerechnet. Bei Fristen, die
nach Tagen bestimmt sind, werden hin-
gegen die Festtage mitgezählt ²⁾;

1) Bibl. du Barreau, 1809, P. 2. T. 1.
p. 248.

Vierzehnte Regel. Tritt mit einem gewissen Alter ein Recht ein: so ist der Tag, oder das Jahr, für vollendet zu halten, so bald der Tag, oder das Jahr, seinen Anfang genommen hat, wo das Recht eintreten soll ³⁾. — Annus vel dies coeptus in favorabilibus pro completo habetur.

2) Cod. Nap. Art. 2261. Zachariä Handb. B. I. §. 42. Uebrigens dürfen auch die Insinuationen nicht an Fest- und Feier-, sondern blos an Werktagen geschehen. Fr. P. O. Art. 63. W. P. O. Art. 957.

3) Fr. P. O. Art. 800. n. s. W. P. O. Art. 730. n. 5. Cod. Nap. Art. 433, 488, 2066. Locré ad Art. 433.

Erstes Capitel.

Von den auf Stunden beschränkten Fristen *).

§. 21.

Binnen vier und zwanzig Stunden

sind:

- 1) wenn auf ein schriftliches Verfahren erkannt ist, die Beweisstücke, nach insinuirtem Verzeichnisse derselben, bei dem Secretariate niederzulegen ¹).

**) Hin und wieder kommen auch Fristen, die auf Augenblicke und Minuten*

Unterläßt einer der streitenden Theile, binnen dieser Frist, seine Beweisstücke beizubringen und niederzulegen, oder sich die beigebrachten mittheilen zu lassen; so wird blos nach

beschränkt sind, vor. So muß z. B. der Vormund, welcher bei dem Beschlusse gegenwärtig war, wodurch er dazu ernannt wird, auf der Stelle seine Entschuldigungsgründe, bei Verlust derselben, vorbringen. Cod. Nap. Art. 438. Ein anderes Beispiel im Art. 549 der W. P. O. und B. 3. Cap. 2. Art. 13 des Code de Commerce. Bei öffentlichen Versteigerungen muß das Uebergebot innerhalb fünf Minuten, vor dem Zuschlage, erfolgen. W. P. O. Art. 646. Nach der Fr. P. O. Art. 708 geschieht die Adjudication nicht eher, als bis drei Lichter erloschen sind, deren jedes ungefähr eine Minute brennt. von Strombeck Formulare II. 257. S. übrigens §. 20. 6. Dreizehnte Regel.

den beigebrachten und so wie sie beigebracht sind, erkannt ²⁾);

2) die Einwendungen wider die aufgestellten Qualitäten einzubringen ³⁾);

3) der Parthei, welche über Thatsachen und Artikel vernommen werden soll, die letzteren, nebst der Bittschrift des Gegentheils, der Verfügung des Gerichts und der Vorladungsurkunde, in Person, oder an ihrem Wohnsitze, zu insinuiren ⁴⁾);

1) Westphälische Proceßordnung Art. 54. Französische Proceßordnung Art. 96.

2) W. P. O. Art. 56, 57, 58. Fr. P. O. Art. 98 — 102. von Strombeck Handb. des Civil-Proc. §. 282. ff.

3) W. P. O. Art. 97. Fr. P. O. Art. 143.

4) W. P. O. Art. 264. Fr. P. O. Art. 329. v. Strombeck Formulare I. 198.

4) Die Acten, nachdem über die Recusation eines Friedensrichters vom Districtstribunal erkannt ist, an den Secretair des Friedensgerichts, zu remittiren ⁵);

5) dem Interdicirten, vor dessen Vernehmung, die Bittschriften und Gutachten mitzutheilen ⁶);

6) die Protocolle, über entdeckte Vergehen, von den Beamten der gerichtlichen Policei aufzunehmen ⁷);

5) W. P. O. Art. 416. v. Strombeck
a. a. O. 286.

6) W. P. O. Art. 823. Oesterley Erläuterung der Proc. Ordn. III. 143.

7) Gesetz vom 6. Aug. 1808, Art. 13. von Bülow Commentar über die Strafprocessordnungen B. I. §. 8.

7) die Vorladungen, zum Erscheinen vor dem Municipal - Policeigericht,

vor dem angesetzten Termine, zu insinuiren ⁸⁾);

8) die Angeklagten, nach Abgabe des Erkenntnisses, wodurch das peinliche Verfahren verfügt wird, zu vernehmen ⁹⁾);

9) die Erkenntnisse über die Verwerfung der Geschwornen, welche die Fehlenden ersetzen sollen, abzufassen ¹⁰⁾);

8) Gesetz vom 6. Aug. 1808. Art. 17. Codex des franz. Crim. Proc. Art. 146. von Bülow Commentar S. 98. f.

9) Peinliche Pr. Ordn. Art. 21. Codex des franz. Crim. Proc. Art. 93. von Bülow a. a. O. B. 2. S. 85.

10) Peinliche Pr. Ordn. Art. 43. von Bülow a. a. O. B. 2. S. 147.

10) die Cassationsgesuche, von Seiten des General - Procurators, oder des

beschädigten Theils, anzuzeigen; wenn der Angeschuldigte durch ein Erkenntniß des Criminalhofes freigesprochen ist ¹¹⁾);

12) die peinlichen Erkenntnisse zu vollstrecken, wenn der Verurtheilte um keine Cassation nachgesucht hat, oder nach dem Eingange des Urtheils, wodurch sie verworfen ist ¹²⁾);

13) die Acten, wenn die Cassation nachgesucht ist, an den Staatsrath abzugeben ¹³⁾);

11) Peinliche Pr. Ordn. Art 106. von Bülow l. c. B. 2. S. 353.

12) Peinl. Proc. Ordn. Art. 107. Magazin von Oesterley und Spangenberg B. 2. H. 1. S. 145. Codex des peinl. Proc. Art. 598. von Bülow l. c. B. 2. S. 357.

13) Peinl. Proc. Ordn. Art. 125.

14) die Geburtsurkunden über ein Kind aufzunehmen, welches während einer Seereise geboren wird ¹⁴⁾;

15) die Sterbeurkunden aufzunehmen, wenn sich der Todesfall auf einer Seereise ereignet ¹⁵⁾;

14) Cod. Nap. Art. 59.

15) Cod. Nap. Art. 86. Ueber den Art. 77 des Cod. Nap. s. Grolman Handbuch B. I, S. 336. f.

16) die Criminalgerichts-Secretaire verbunden, nach Vollstreckung des Todesurtheils, den Civilstandsbeamten davon Nachricht zu ertheilen ¹⁶⁾; und endlich ist

17) die Ehefrau schuldig, sich in das mit ihrem Ehemanne verabredete Haus zu begeben, und, bis nach ausgesprochener Ehescheidung, sich daselbst aufzuhalten ¹⁷⁾.

(16) Cod. Nap. Art. 85. Dabelow Com-
mentar über den Cod. Nap. §. 75. ff.

17) Cod. Nap. Art. 284.

In dem Codex des französischen
Criminalprocesses sind übrigens
sehr viele Acte des Verfahrens in einfa-
chen Polizei - Corrections - und Criminal-
fällen an eine Frist von vier und zwan-
zig Stunden gebunden, z. B. in den
Art. 93. 101. 111. 132. 135. 146. 164.
196. 207. 243. 291. 315. 370. 374.
378. 424.

Zweites Capitel.

Von den auf Tage beschränkten Fristen.

§. 22.

Eintägige Fristen *).

Eintägig ist die Frist:

- 1) zur Specification der zuerkannten Kosten in summarischen Sachen ¹⁾);

*) Ist der Tag ein Schalttag (29 Februar) so wird er bei Fristen, die nicht nach Jahren, sondern nach Tagen, gezählt werden, besonders gerechnet. Merlin

1) W. P. O. Art. 484. Fr. P. O. Art. 543.
Oesterley Erläuterung des Proc. II.
100 und III. 344.

2) zur Mittheilung der Abschrift des
Protocolls, welches über eine Aus-
pfändung aufgenommen ist, die aus-
serhalb der Wohnung der Schuldners,
oder in dessen Abwesenheit, ge-
schehe ²⁾;

3) zur Bekanntmachung des Verkaufs-
tags der, mit Arrest bestrickten, Sa-
chen ³⁾ und Vorladung des Schuld-
ners, wenn ein anderer Tag zum Ver-
kaufeangesetzt wird;

2) W. P. O. Art. 550. Fr. P. O. Art. 602.

3) W. P. O. Art. 564. Fr. P. O. Art. 614.

4) das Urtheil muß dem Schuldner,

Repert. univers. s. v. jour bissex-
tile. Delvincourt Institutes
Tom. II. 353.

dessen persönliche Verhaftung erkannt ist, nebst dem Zahlungsbefehle, einen Tag vor dessen Vollstreckung, insinuirt werden ⁴⁾;

5) Auf die Meublen und Früchte der Miether und Pächter kann erst den Tag nach erfolgtem Zahlungsbefehl Arrest gelegt werden ⁵⁾;

5) In Handelssachen muß dem Beklagten eine Frist von wenigstens einem Tage verstattet werden ⁶⁾;

7) zur Aufnahme des Wechsel-Protestes ⁷⁾;

4) W. P. O. Art. 711. Fr. P. O. Art. 780.

5) W. P. O. Art. 751. Fr. P. O. Art. 819.

6) Fr. P. O. Art. 5. u. 416.

7) Code de Commerce. Art. 162.

§. 23.

Zweitägige Fristen.

Zweitägig ist die Frist:

- 1) zur schriftlichen Erklärung des Friedensrichters, ob er sich bei der gegen ihn vorgebrachten Recusation beruhigen will, oder nicht ¹⁾;
 - 2) zur Insinuation des Zahlungsbefehls an den Schuldner vor der Auspfändung, oder Beschlagnahmung ²⁾;
 - 3) zur Auslieferung des in Corrections- sachen ergangenen Urtheils, nachdem darum gebeten ist ³⁾;
- 1) W. P. O. Art. 415. Fr. P. O. Art. 46.
- 2) W. P. O. Art. 532, 576, 584. Die Fr. P. O. bestimmt nur einen Tag, Art. 583, 626, 636.
- 3) Correctionelle Pr. Ord. n. Art. 35.

4) zur Abfassung der Anklageurkunde in peinlichen Sachen vom General-Procurator des Criminalhofs ⁴⁾;

5) zur Vorlegung des Verzeichnisses der durchs Loos gezogenen Geschwornen ⁵⁾.

4) Peinl. Proc. Ordn. Art. 19. von Bülow Commentar über die Strafprocessordnungen B. 2. S. 80.

5) Peinl. Proc. Ordn. Art. 32. von Bülow Commentar S. 120.

§. 24.

Dreitägige Fristen.

Dreitägig ist die Frist:

1) zur Aufforderung und Mittheilung der, von einer Parthei wider die andere gebrauchten, Beweisstücke, wenn das Gericht keine andere Frist bestimmt hat ¹⁾;

1) W. P. O. Art. 36, 137 u. 139. Fr. P. O. Art. 188 u. 190. Da das Gesetz kein Präjudiz bestimmt: so kann die Anforderung auch später geschehen. von Strombeck Formulare I. 147.

2) zur Insinuation der Verfügung, wodurch ein anderer Referent ernannt ist, an die Gegenparthei ²⁾;

3) zur Vorlegung und Abschriftsnehmung einer Privaturkunde, seit deren Niederlegung, Behuf Anerkennung oder Ableugnung derselben ³⁾;

4) zur Niederlegung einer, als unächt angefochtenen, öffentlichen Urkunde beim Secretariat ⁴⁾;

2) W. P. O. Art. 67. Fr. P. O. Art. 110.

3) W. P. O. Art. 148 u. 149. Fr. P. O. Art. 193 u. 198.

4) W. P. O. Art. 170 u. 171. Fr. P. O. Art. 219.

5) zur Aufnahme des Protocolls, über

die Beschaffenheit einer, als unächt
angefochtenen, Urkunde ⁵⁾);

6) zur Einräumung, oder Widerspre-
chung der aufgestellten Be- und Ge-
genbeweisartikel ⁶⁾);

7) zur Wahl der Sachverständigen;
zur Anzeige der geschehenen Wahl;
ingleichen zu den Einwendungen, wi-
der deren Zulässigkeit. Die Ex-
ceptionen gehn verlohren,
wenn die Frist verstrichen
ist ⁷⁾);

8) zur Ablehnung eines, mit der Ocu-
larinspection, Zeugenvernehmung,
oder zu andern gerichtlichen Verrich-
tungen, beauftragten Richters ⁸⁾);

5) W. P. O. Art. 176. Fr. P. O. Art. 225.

6) W. P. O. Art. 197. Fr. P. O. Art. 252

O e s t e r l e y und Spangenberg
Commentar I. 411. von Strombeck

Handb. des Proc. §. 371. Anm. 1.

7) W. P. O. Art. 241, 242, 245. Fr. P. O. Art. 305, 306, 309.

8) W. P. O. Art. 316. Fr. P. O. Art. 383.

9) zur Abschickung der Recusationsanzeige wider einen Friedensrichter, von dessen Greffier, an den Procurator des Königs ⁹⁾;

10) zur Einwendung der Opposition wider ein Urtheil, welches den Betrag der Proceßkosten bestimmt, oder einen Befehl, sie zu bezahlen, enthält ¹⁰⁾;

9) W. P. O. Art. 416. von Strombeck
Formulare I. 286. Fr. P. O. Art. 47.

10) W. P. O. Art. 489. Die Fr. P. O. enthält diese Bestimmung nicht.

11) zur Ertheilung einer Bescheinigung an den Gläubiger, von Verwahrern, Einnehmern und Verwaltern öffent-

- licher Gelder, darüber was der Schuldner an ihnen zu fordern hat ¹¹⁾);
- 12) zur Bekanntmachung des Verkaufs der ausgepfändeten Sachen, vor deren Auction ¹²⁾);
- 13) zur Benachrichtigung des Schuldners von dem Gläubiger, dass letzter auf die Renten und Grundzinsen des erstern Beschlag gelegt habe; desgleichen zur Benachrichtigung dessen, der die Rente, oder Zinsen zu zahlen hat ¹³⁾);
- 14) zur Insinuation des Versteigerungs-Decrets von Renten und Immobilien an den Schuldner ¹⁴⁾);

11) W. P. O. Art. 516.

12) W. P. O. Art. 567. Abweichend ist hierbei der Art. 617 der Fr. P. O.

13) W. P. O. Art. 589 — 592. Fr. P. O. Art. 641. u. 642.

14) W. P. O. Art. 594 u. 640.

15) zur Vorladung und Anzeige einer, vom Schuldner gegen das Beschlaganlegungserkenntnis, ergriffenen Appellation ¹⁵). Ist die Frist abgelaufen: so wird die Appellation nicht angenommen und zur Versteigerung geschritten.

16) zur Vorladung, wegen Annahme eines Bürgen bei Veräusserungen und Versteigerungen ¹⁶;

17) zur Einlieferung des Auszugs der, auf Vermögensabsonderung gerichteten, Klage an den Greffier ¹⁷);

15) W. P. O. Art. 663. von Strombeck Formulare II. 279. Oesterley Erläuterung II. 273. — Fr. P. O. Art. 726.

16) W. P. O. Art. 762. Fr. P. O. Art. 832. Oesterley a. a. O. III. 48.

17) W. P. O. Art. 797. N. 3. Fr. P. O. Art. 666. v. Strombeck Formulare II. 362. Oesterley a. a. O. III. 108.

- 18) zur Bekanntmachung, daß Jemand zum Vormunde ernannt ist ¹⁸);
- 19) die Abnahme der Siegel und die Inventarisirung kann nicht eher, als drei Tage nach der Beerdigung, geschehen ¹⁹);
- 20) zur Vorschlagung eines Bürgen von dem Beneficialerben bei dem Secretariate ²⁰);
- 21) zur Einsendung des Appellationslibells und der Actenstücke von dem Secretair des Municipalpolizei-Tribunals an den Königl. Procurator beim Corrections-Tribunale ²¹);

18) W. P. O. Art. 812. Fr. P. O. Art. 882.

19) W. P. O. Art. 856. Fr. P. O. Art. 928.
Oesterley a. a. O. III. 189.

20) W. P. O. Art. 916. Fr. P. O. Art. 993.
v. Strombeck Formular II. 411. Oesterley a. a. O. III. 265.

21) Correction. Proc. Ord. Art. 7.

Kulenkamp über die gerichtl. Polizei §. 58. Von Policeiurtheilen muß in Frankreich binnen zehn Tagen appellirt werden. Codex des Crimin. Proc. Art. 174.

22) zur Einschickung eines Auszugs des Correctionsurtheils von dem Königl. Procurator an den General-Procurator des Criminalhofs ²²⁾);

23) zur Einsendung des Appellationslibells, der Acten und Beweisstücke in Correctionssachen von dem Procurator des Königs, an den General-Procurator des Criminalgerichts ²³⁾);

24) zur Abführung eines Angeklagten in die Gefängnisse des Criminalhofes ²⁴⁾);

²²⁾ C. P. O. Art. 41.

²³⁾ C. P. O. Art. 50. Kulenkamp a. a. O. §. 91.

²⁴⁾ C. P. O. Art. 51.

25) zur Abstattung des Vortrags und der Anträge, von Seiten des General-Procurators beim Criminalhofe, nach dem Empfange der Acten ²⁵);

26) zur Einreichung des Zeugenverzeichnisses von Seiten des General-Procurators, des beschädigten Theils, oder des Angeschuldigten, welche Zeugen sie in der öffentlichen Criminalgerichtssitzung wollen abhören lassen ²⁶);

27) zu der, dem Angeklagten kund zu machenden, Benennung der Zeugen, welche wider ihn abgehört werden sollen ²⁷);

25) Peinl. Proc. Ordn. Art. 11. Codex des franz. Criminalprocesses Art. 61. von Bülow a. a. O. B. 2. S. 46.

26) P. P. O. Art. 24.

27) P. P. O. Art. 49. von Bülow a. a. O. B. 2. S. 106.

28) zur Abgabe der Erklärung des General-Procursors, des beschädigten Theils, oder des Verurtheilten, wider das ausgesprochene Urtheil das Rechtsmittel der Cassation ergreifen zu wollen ²⁸);

29) zur Einsendung eines Auszugs des Erkenntnisses, wodurch das Cassationsgesuch verworfen ist, von dem General-Secretair des Staatsraths an den Minister der Justiz ²⁹);

30) zur Benachrichtigung des Königl. Procurators von dem Civilstandsbeamten, wenn einer Urkunde des Personenstandes zu erwähnen ist, die sich auf eine andere, schon eingetragene, bezieht ³⁰);

28) P. P. O. Art. 105. von Bülow a. a. O. B. 2. S. 348.

29) P. P. O. Art. 134. von Bülow, a. a. O. B. 2. S. 435.

- 30) Code Nap. Art. 49. Spangenberg
Commentar §. 138.
- 31) zur Anzeige einer erfolgten Geburt ³¹⁾);
- 32) vor dem dritten Tage, nach dem zweiten Aufgebote, jedoch den Tag dieses Aufgebots nicht mitgerechnet, darf die Ehe nicht geschlossen werden ³²⁾);
- 33) zur Vorladung des Beklagten in Ehescheidungsklagen ³³⁾);
- 34) zur Relation des Richters in Ehescheidungssachen, wegen beiderseitiger Einwilligung der Ehegatten ³⁴⁾);
- 31) Code Nap. Art. 55. Spangenberg
a. a. O. §. 141. Pfeiffer Unterweisung S. 45.
- 32) Code Nap. Art. 64. Spangenberg
a. a. O. §. 148.
- 33) Code Nap. Art. 240. Spangenberg
a. a. O. §. 246.
- 34) Code Nap. Art. 288.

35) zwischen der Insinuation der Vorladung und dem bestimmten Tage der Zusammenkunft des Familienraths muß eine Zwischenzeit von wenigstens drei Tagen bleiben ³⁵⁾);

36) zur Vorbringung der Entschuldigungsgründe eines Vormundes, der bei seiner Wahl nicht gegenwärtig war, seit der ihm bekannt gemachten Ernennung zum Vormunde ³⁶⁾);

37) zur Ablehnung der von den Handelsgerichten ernannten Schiedsrichter und Sachverständigen ³⁷⁾);

35) Code Nap. Art. 411. Spangenberg
a. a. O. §. 331.

36) Code Nap. Art. 439. Spangenberg
a. a. O. §. 344.

37) Fr. P. O. Art. 430.

38) zum Einregistrirungs - Befehl des

schiedsrichterlichen Erkenntnisses in Streitigkeiten zwischen Handelsgesellschaftern 38).

38) Code de Commerce Art. 61. Ein Fallit muß binnen 3 Tagen seine Insolvenz anzeigen. Code de Commerce B. 3. Art. 4.

§. 25.

Viertägige Fristen.

Viertägig ist die Frist:

1) zur Einlegung der Opposition wider ein vom Friedensgerichte abgegebenes Contumacialerkenntnis ¹⁾;

1) W. P. O. Art. 390. Die Fr. P. O. bestimmt drei Tage. Oesterley Erläuterung I. 295.

2) zwischen der Vorladung und dem Erscheinen, oder dem Urtheile in Cor-

rectionssachen muß sich, bei Strafe der Nichtigkeit, eine Frist von wenigstens vier Tagen befinden ²⁾);

3) binnen vier Tagen hat der Königl. Procurator schriftlich seinen Antrag über den Bericht des, mit der Instruction der peinlichen Sachen beauftragten, Tribunalrichters abzugeben ³⁾.

2) Correct. Proc. Ordn. Art. 11. von Bülow Commentar B. 1. S. 150. ff.

3) Peinl. Proc. Ordn. Art. 2. Kulenkamp über die gerichtliche Policei. §. 38.

§. 26.

F ü n f t ä g i g e F r i s t.

Fünftägig ist die Frist:

zur Einwendung der Appellation wider Erkenntnisse, welche die Sache,

wegen Verwandtschaft oder Schwägerschaft, an ein anderes Gericht verweisen; ingleichen wider Urtheile über die Recusation eines Richters ¹⁾).

1) W. P. O. Art. 310 und 325. Fr. P. O. Art. 377. und 392. von Strombeck
Formulare I. 234. Oesterley Erläut.
I. 95.

§. 27.

Sechstägige Frist.

Sechs Tage:

vor dem Termine, an welchem die Geschwornen vor dem Criminalhofe erscheinen sollen, muß ihnen ihre Wahl zum Geschwornen bekannt gemacht werden ¹⁾).

1) Peinl. Proc. Ordn. Art. 34. von Bülow a. a. O. B. 2. S. 128.

Achttägige Fristen.

Achttägig ist die Frist:

1) zur Mittheilung der, vom Beklagten niedergelegten, Beweisstücke an den Kläger und Vorbringung der vom letztern dawider zu machenden Einreden ¹⁾);

1) W. P. O. Art. 56 und 61. Fr. P. O. Art. 98 und 103. Nach der französischen P. O. muß auch das Zeugenverhör binnen 8 Tagen angefangen und vollendet werden. Art. 257—260. Art. 278 und 279.

2) zur Einreichung der Oppositions-schrift, wenn bei Vollstreckung eines Contumacialerkenntnisses die, mit keinem Anwalde versehene, Parthei erklärt hat, sich wider das Urtheil der Opposition bedienen zu wollen ²⁾).

Ist die Frist verstrichen: so ist keine Opposition mehr zulässig;

3) zur Erklärung der aufgeförderten Parthei, ob sie sich einer öföentlichen Urkunde bedienen will, deren Unächtheit ihr Gegner behauptet ³⁾;

4) zur Ausführung der Gründe, eine öföentliche Urkunde als unächt darzustellen, und darauf zu antworten ⁴⁾;

2) W. P. O. Art. 114. Fr. P. O. Art. 162.
v. Strombeck Formulare I. 118.

3) W. P. O. Art. 167. Fr. P. O. Art. 216.

4) W. P. O. Art. 180 u. 181. Fr. P. O. Art. 229 u. 230. v. Strombeck a. a. O. I. 167. Oesterley a. a. O. I. 210.

5) zur abermaligen Vorladung des Beklagten, welcher, vor der Aenderung des Zustandes, oder dem Absterben des Klägers, noch keinen Anwalt be-

stellt hatte, um bei dem Erkenntnisse über die Anträge (des Klägers) gegenwärtig zu seyn ⁵⁾;

6) zur Ernennung eines gemeinschaftlichen Bevollmächtigten, wenn die Einwohner einer Gemeinde, zum Theil oder insgesamt, von Jemand belangt werden, dem sie zu Diensten, Abgaben und Gefällen von einerlei Art verpflichtet sind ⁶⁾;

7) zur Abgabe des Erkenntnisses über die geschehene Recusation eines Friedensrichters ⁷⁾;

5) W. P. O. Art. 281. Fr. P. O. Art. 345.
Oesterley a. a. O. I. 66. f.

6) Königl. Decret vom 9 Febr. 1810. Art. 2 und 5.

7) W. P. O. Art. 416. Fr. P. O. Art. 47.

8) zur Insinuation der vom Gerichte zugelassenen Syndicatsklage ⁸⁾;

8) W. P. O. Art. 455. Nach der Fr. P. O. Art. 514. binnen drei Tagen. Oesterley a. a. O. II. 53.

9) zur Stellung des Bürgen beym Secretariat, um sich wegen Uebernahme der Bürgschaftsverbindlichkeit zu erklären, sonst wird es so angenommen, als wäre der Vorschlag des Bürgen nicht geschehen ⁹⁾;

10) zur Benachrichtigung des Schuldners, daß auf seine, bei einem Dritten befindlichen, Sachen Arrest gelegt; desgleichen zur Anzeige an den Dritten, wobei der Arrest angelegt ist, daß die Klage zur Anerkennung der Gültigkeit des Arrestes wider den Saisi angestellt sey ¹⁰⁾;

9) W. P. O. Art. 460. von Strombeck
Formulare II. 81. ff.

10) W. P. O. Art. 511 u. 512. Fr. P. O. Art. 563 u. 564. Man vergl. hierbei

vorzüglich von Strombeck Formulare II. 156. Oesterley a. a. O. II. 119.

11) zur Insinuation der Erklärung des Dritten, bei welchem Arrest angelegt ist, und zur Bescheinigung der, derselben beigefügten und beim Secretariat niedergelegten, Belege an den Impetranten ¹¹⁾;

12) zum Verkauf der, von einem der Gläubiger früher in Beschlag gelegten, Sachen des Schuldners, ehe der andere Gläubiger die Auspfändung durch den Huissier vornehmen liefs ¹²⁾;

11) W. P. O. Art. 520. von Strombeck a. a. O. II. 164.

12) W. P. O. Art. 561. Fr. P. O. Art. 611. von Strombeck a. a. O. 204. Zeppenfeld Darstellung des Concursverfahrens §. 30.

13) die Bekanntmachung der Versteigerung von Schiffen, Fähren, Kähnen u. s. w. darf nicht eher, als wenigstens acht Tage nach der Insinuation der vorgenommenen Auspfändung, geschehn ¹³⁾);

14) der Anschlagszettel muß acht Tage vor dem Verkaufe der Immobilien dem Schuldner, oder dessen Anwalde, insinuirt werden ¹⁴⁾);

15) zur Bekanntmachung des Verkaufs der Früchte auf dem Halm vor dem Licitationsstermine ¹⁵⁾);

16) zur Bekanntmachung der Verfügung in öffentlicher Gerichtssitzung, vermöge welcher der Tag der Versteigerung und des Zuschlags einer Rente bestimmt wird ¹⁶⁾);

13) W. P. O. Art. 570. Fr. P. O. Art. 620.

14) W. P. O. Art. 675.

15) W. P. O. Art. 580. Fr. P. O. Art. 629.

16) W. P. O. Art. 594. Fr. P. O. Art. 644
und 645.

17) zur Niederlegung des, 'aus dem
Verkaufe des beweglichen Vermögens
erlöseten, Geldes auf dem Secreta-
riate von Seiten des Beamten, welcher
den Verkauf besorgte ¹⁷⁾);

18) zur Insinuation des Beschlaglegungs-
Protocolls auf Immobilien an den
Schuldner ¹⁸⁾);

19) zur Abgabe des Erkenntnisses, wel-
ches den Tag der Versteigerung und
des Zuschlags der Immobilien fest-
setzt ¹⁹⁾).

17) W. P. O. Art. 602. Fr. P. O. Art. 657.
von Strombeck Formulare II. 232.

18) W. P. O. Art. 662. von Strom-
beck a. a. O. 262. Oesterley Er-
läuterung III. 349. Nach der Fr. P. O.
Art. 681, vierzehn Tage.

19) W. P. O. Art. 638.

20) zur Abfassung des Erkenntnisses über Nichtigkeiten, welche bei der Procedur der Beschlaglegung, auf unbewegliche Sachen, begangen sind ²⁰);

21) zur Einwendung der Appellation wider das Erkenntniß über die vorgebrachte Nichtigkeit, von dem Tage anzurechnen, wo es ausgesprochen ist ²¹);

22) zur Einreichung des Gesuchs, Behuf der Vorladung sämtlicher Gläubiger, um die Priorität unter sich gütlich festzusetzen ²²);

20) W. P. O. Art. 670. Oesterley a. a. O. II. 280.

21) W. P. O. Art. 671. Die Fr. P. O. Art. 734 bestimmt eine vierzehntägige Frist. von Strombeck a. a. O. 287. Oesterley a. a. O. 282.

22) W. P. O. Art. 681. Fr. P. O. Art. 749. u. 750. v. Strombeck a. a. O. 290.

23) zur Anheftung der Anschlagszettel und Einrückung in die öffentlichen Blätter, vor dem Zuschlage der unbeweglichen Nachlassstücke ²³);

24) zur Wiederholung der Anschlagszettel, wenn die Gebote dem Schätzungspreise nicht gleichgekommen sind ²⁴);

25) zur Mittheilung einer Copie des Aufsatzes, welcher die Kaufsbedingungen enthält, an die Anwölde der Mitverkäufer ²⁵);

²³) W. P. O. Art. 886. Fr. P. O. Art. 963.

²⁴) W. P. O. Art. 887. Fr. P. O. Art. 964.
Oesterley a. a. O. III. 223.

²⁵) W. P. O. Art. 894. Fr. P. O. Art. 972.

26) zur Insinuation des Erkenntnisses, wodurch die Opposition beim Cassationshofe zugelassen ist, von dem Ta-

ge angerechnet, wo sie erfolgte, an den Anwald der Gegenparthei ²⁶⁾);

27) zur Einwendung der Opposition wider ein {vom Criminalhofe in Correctionssachen, oder vom Corrections-Tribunal ausgesprochenes Contumacialerkenntniss ²⁷⁾);

28) zur Einbringung der Entschuldigungsgründe vor das Correctionstri-bunal geladener, aber ausgebliebener, Zeugen ²⁸⁾);

26) Königl. Decret vom 20. Mai 1809.
Art. 65.

27) Correct. Proc. Ordn. Art. 14 u. 67.
von Bülow Comment. B. I. S. 165. ff.
Kulenkamp a. a. O. §. 85.

28) Correct. Proc. Ordn. Art. 27.

29) zur Erklärung des königlichen, oder General-Procurators beim Criminalhofe, ob sie von dem Erkenntnisse,

wodurch der Angeschuldigte vom Corrections-Tribunal frei gesprochen ist, appelliren wollen ²⁹⁾);

30) zur Erklärung des peinlich Angeklagten, ob er Einwendungen, wegen Incompetenz oder Nichtigkeiten des bisherigen Verfahrens, vorzubringen habe, widrigenfalls wird er damit nachher nicht weiter gehört ³⁰⁾);

31) zur Abfassung des Erkenntnisses über diese Einwendungen, von dem Tage anzurechnen, an welchem sie vorgebracht sind ³¹⁾);

²⁹⁾ Correct. Proc. Ordn. Art. 49. In Frankreich binnen zehn Tagen. Codex des Crim. Proc. Art. 203. von Bülow Comment. B. I. S. 278. ff.

³⁰⁾ Peinl. Proc. Ordn. Art. 22. von Bülow a. a. O. B. 2. S. 96. ff.

³¹⁾ Peinl. Proc. Ordn. Art. 23.

32) bei zweimaligen Aufgebotten muß eine Zwischenzeit von acht Tagen beobachtet werden ³²);

33) Wenn eine Parthei neue Beweisstücke beibringt: so hat der Gegner eine Frist von acht Tagen, um sich solche mittheilen zu lassen ³³);

34) Wider den Erben können executo-
rische Urkunden erst in acht Tagen,
nachdem ihm solche insinuirt worden,
betrieben werden ³⁴).

32) Code Nap. Art. 63.

33) W. P. O. Art. 61. Fr. P. O. Art. 103.

34) Code Nap. Art. 877. Dabelow Com-
mentar §. 794.

Zehntägige Fristen.

Binnen zehn Tagen muß:

- 1) über das, vom Schuldner als nichtig angefochtene, Verfahren bei dem Verkauf einer Rente erkannt ¹⁾);
- 2) vom Greffier jedem Gläubiger ein Auszug der Classification — Collocations - Bordereau — mitgetheilt ²⁾);
- 3) die Erklärung im Secretariat des Friedensrichters, daß man von dem Erkenntnisse desselben in einer Consumptionsteuer - Defraude appelliren wolle, abgegeben ³⁾);

1) W. P. O. Art. 599. von Strombeck
Formulare II. 225.

2) W. P. O. Art. 707. Fr. P. O. Art. 771.
von Strombeck Formulare II. 325.

3) Königl. Decret vom 2ten Oct. 1809.
Art. 2.

4) diese Appellation, bei Verlust derselben, vor dem Districts - Tribunal verfolgt ⁴⁾);

5) die Opposition von einem, in einer peinlichen Sache vorgeladenen, aber nicht erschienenen und daher zu einer Geldbusse verurtheilten, Zeugen eingewendet ⁵⁾);

6) die Bittschrift, worin die Rechtsgründe der Cassation gegen ein Erkenntniß in peinlichen Sachen ausgeführt sind, bei dem Secretariat des Criminalhofs, überreicht ⁶⁾);

7) dieselbe, nebst den Acten, an den Justizminister eingeschickt ⁷⁾);

4) Das angeführte Königl. Decret.

5) Peinl. Ger. Ordn. Art. 88. von Bülow a. a. O. B. 2. S. 303.

6) Peinl. Ger. Ordn. Art. 124. von Bülow a. a. O. B. 2. S. 414.

7) Peinl. Proc. Ordn. a. a. O.

8) eine Geburt bei der Armee angezeigt ⁸⁾;

9) ein Auszug aus den Militair-Sterberegistern dem Civilstandsbeamten zugeschickt ⁹⁾;

10) Ueber eine beim Districttribunale, wegen Aufhebung des Einspruchs gegen eine zu schliessende Ehe, eingebrachte Klage erkannt, und über die dawider ergriffene Appellation, binnen gleicher Frist, nach der Vorladung, geurtheilt ¹⁰⁾;

8) Code Nap. Art. 92.

9) Code Nap. Art. 96.

10) Code Nap. Art. 177 u. 178.

11) eine Ausfertigung des Urtheils in Ehescheidungssachen, wegen wechselseitiger Einwilligung, nebst den Beweisstücken, worauf es erfolgt ist, wenn davon appellirt wird, von dem

Procurator des Königs, dem General-Procurator bei dem Appellationshofe, zugeschickt ¹¹⁾);

12) die vom Friedensrichter aufgenommene Adoptionsurkunde, dem Procurator des Königs, zur gerichtlichen Bestätigung überreicht ¹²⁾); und

13) von dem Vormunde, um Abnahme der Siegel, wenn deren angelegt waren, nachgesucht werden ¹³⁾);

14) zwischen dem Vormunde und dessen ehemaligen Mündel gilt kein Vertrag, wenn nicht wenigstens zehn Tage vorher vollständige Rechnung abgelegt ist ¹⁴⁾).

11) Code Nap. Art. 293. Spangenberg
Commentar. § 267.

12) Code Nap. Art. 354.

13) Code Nap. Art. 451.

14) Code Nap. Art. 472. Spangenberg
a. a. O. §. 364.

Vierzehntägige Fristen.

Vierzehntägig ist die Frist:

1) zur Vorladung der Parthei, welche im Königreiche ihren Wohnsitz hat; doch kann diese gewöhnliche Vorladungsfrist, in eiligen Sachen, auch abgekürzt werden ¹⁾);

2) Für eine ausländische Parthei, der innerhalb des Königreichs eine Vorladung persönlich zugestellt wird, tritt die gewöhnliche Frist ein, die aber vom Gericht verlängert werden kann ²⁾);

1) W. P. O. Art. 22, 34 u. 141. Oesterley Magazin B. 3. S. 342. In der Fr. P. O. ist die Vorladungsfrist auf acht Tage festgesetzt. Art. 72. — Von den Vorladungsfristen in Wechsel-sachen s. m. Code de Commerce Art. 165 — 167.

2) W. P. O. Art. 24. Fr. P. O. Art. 74.

- 3) zur Bestellung eines Anwaltes von Seiten des Beklagten, oder Appellanten ³) ;
- 4) zur Insinuation der Vertheidigungs- oder Exceptionsschrift des Beklagten, seit der von ihm geschehenen Anwaltsbestellung ⁴) ;
- 5) zur Insinuation der Replikschrift des Klägers ⁵) ;
- 6) zur Einbringung der Rechtsausführung, wenn auf schriftliches Verfahren erkannt ist, nebst Beifügung eines Verzeichnisses der Beweisstücke ⁶) ;

3) W. P. O. Art. 33, 34, 356. Fr. P. O. Art. 75 u. 76. Rosenthal Handb. B. 2. Anh. Nro. VI. S. 322. ff.

4) W. P. O. Art. 35. Fr. P. O. Art. 77.

5) W. P. O. Art. 38 u. 362. Fr. P. O. Art. 78.

6) W. P. O. Art. 54. Fr. P. O. Art. 96.

7) zur Mittheilung der producirten Beweisstücke an den Beklagten und zur Insinuation seiner Antwort an den Kläger ⁷⁾);

8) zur Einwendung der Opposition ⁸⁾ wider ein Contumacialerkenntnis, wenn die Parthei einen Anwald hatte; hatte sie keinen Anwald: so dauert die Oppositionsfrist bis zur Vollstreckung des Erkenntnisses ⁹⁾, bei Strafe des Verlusts des Rechtsmittels;

7) W. P. O. Art. 55. Fr. P. O. Art. 97.

8) In Handelssachen dauert diese Frist acht Tage. Fr. P. O. Art. 436.

9) W. P. O. Art. 109 u. 110. Fr. P. O. Art. 157 u. 158 giebt im ersten Falle nur eine Frist von acht Tagen.

49) zur Rechtfertigung der ergriffenen Appellation und zu deren Beantwort-

tung von dem appellatischen Theile ¹⁰);

10) zur Anbietung einer Summe, welche der Verurtheilte zur Schadloshaltung seines Gegners hinreichend erachtet ¹¹);

11) zur Niederlegung eines Aufsatzes beim Secretariate, von Seiten des Gläubigers, der Beschlag auf eine Rente gelegt hat ¹²);

10) W. P. O. Art. 362. Nach der Fr. P. O. Art. 462. acht Tage.

11) W. P. O. Art. 467. Nach dem Art. 524 der Fr. P. O. acht Tage. v. Strombeck Form. II. 101.

12) Was der Aufsatz enthalten muß, bestimmt der Art. 592 der W. P. O. und Art. 643 der Fr. P. O.

12) Vierzehn Tage vor dem Verkauf der Rente muß ein Auszug jenes Aufsatz-

zes und der Tag des Verkaufs und Zuschlags an den Orten öffentlich angeschlagen werden, welche das Gesetz bezeichnet hat ¹³⁾);

13) zur Einreichung des Gesuchs der Gläubiger, welche der Vertheilung der Gelder widersprochen haben, um ihren Rang zu bestimmen, nebst Beibringung ihrer Beweisurkunden, bei Strafe der Präclusion ¹⁴⁾);

13) W. P. O. Art. 595 u. 596. Nach der Fr. P. O. Art. 645 acht Tage.

14) W. P. O. Art. 605. Nach dem Art. 660 der Fr. P. O. ist hierzu eine monatliche Frist bestimmt.

14) zur Aufforderung der Mitgläubiger und des Gemeinschuldners, sich das Protocoll des Richters, über die Classification u. s. w. mittheilen zu lassen, und ihre Einwendungen dage-

gen abzugeben, bei Verlust derselben ¹⁵⁾);

15) zur Einlegung der Appellation wider ein Erstigkeitserkenntnis, bei Verlust des Rechts zu appelliren ¹⁶⁾);

16) zum endlichen Abschluss der Collocation nach Beendigung der Prioritätsstreitigkeiten ¹⁷⁾);

15) W. P. O. Art. 608 u. 609. Fr. P. O. Art. 663, 664. v. Strombeck a. a. O. II. 240.

16) W. P. O. Art. 616, 698, 703. Fr. P. O. Art. 669, 763 bestimmt eine zehntägige Frist. Oesterley Erläuter. II. 213 u. 318.

17) W. P. O. Art. 703. Fr. P. O. Art. 767.

17) zur Einrückung eines Auszugs, von der, Art. 623 verordneten, Einschreibung (bei Beschlaglegungen auf Immobilien) in die öffentlichen Blätter,

ehe das Gesuch, um Verkauf des Grundstücks, bei dem Tribunale eingereicht wird; desgleichen zur Inscription dieses Auszugs an die inscribirtten Gläubiger ¹⁸⁾);

18) zur Einwendung der Appellation wider ein Junctionserkenntniss, bei Verlust derselben ¹⁹⁾);

19) zur Einlegung der Appellation gegen ein Urtheil, worin über das Gesuch, um Absonderung der saisirten Sachen, erkannt ist, bei Strafe der Desertion ²⁰⁾);

18) W. P. O. Art. 626 u. 627. Fr. P. O. Art. 680 u. 681.

19) W. P. O. Art. 660. Fr. P. O. Art. 723. Oesterley II. 270.

20) W. P. O. Art. 667. Fr. P. O. Art. 730. Oesterley a. a. O. 277.

20) zur Einwendung der Appellation gegen Erkenntnisse in Sachen, welche

sich sur référé eignen ²¹⁾; bei Verlust dieses Rechtsmittels;

21) die Bestimmung eines anderweiten Tags zur Versteigerung muß, vierzehn Tage vor demselben, durch öffentliche Patente kund gemacht werden ²²⁾;

22) zur Ausbringung der Bestätigung eines Beschlusses des Familienrathes ²³⁾;

23) zur Verhandlung der Re- und Duplie in Cassationssachen ²⁴⁾;

21) W. P. O. Art. 740. Fr. P. O. Art. 809.
von Strombeck Formulare II. 333.

22) W. P. O. Art. 764. Fr. P. O. Art. 836.

23) W. P. O. Art. 807. Fr. P. O. Art. 887.

24) Königl. Decret vom 20. Mai 1809.
Art. 32 u. 48.

24) zur Abfassung eines Erkenntnisses über Policeivergehen ²⁵⁾;

25) zur Publication des Erkenntnisses in correctionellen Vergehungen ²⁶⁾;

26) zur Wiederholung der Erklärung der Ehegatten, welche sich mit gegenseitiger Einwilligung trennen wollen ²⁷⁾;

27) diejenigen, welche durch ein in petitorio ergangenes Judicat zur Herausgabe eines Grundstücks angewiesen sind, und sich dessen weigern, können vierzehn Tage nach der Insinuation des rechtskräftigen Erkenntnisses durch Personalarrest dazu gezwungen werden ²⁸⁾.

25) Municipal - Polizei - Gerichtsordn. vom 6. Aug. 1808. Art. 23.

26) Peinl. Ger. Ordn. Art. 6.

27) Code Nap. Art. 285. u. 286.

28) Code Nap. Art. 2061.

Zwanzigtägige Fristen.

Eine Frist von zwanzig Tagen ist vorgeschrieben:

- 1) zur Opposition der Einrede der Nichtigkeit, von Seiten des Schuldners, beim Verkauf einer Rente, vor dem Zuschlagstermine ¹⁾);
- 2) zur Beibringung der Bescheinigungen des Käufers, welchem das Grundstück in der Versteigerung zugeschlagen ist, daß er die Kaufbedingungen erfüllt habe; widrigenfalls wird auf seine Gefahr und Kosten eine neue Subhastation verfügt ²⁾);

¹⁾ W. P. O. Art. 599.

²⁾ W. P. O. Art. 653. Fr. P. O. Art. 715.

- 3) zur Anstellung der Nichtigkeitsklage oder Beschwerde, wider das Verfah-

ren bei Beschlaglegungen auf Immobilien, vor dem Adjudicationserkenntnisse ³);

4) die Erlaubniß, den Beklagten vorzuladen, darf sich in Ehescheidungsklagen nicht über zwanzig Tage erstrecken ⁴);

5) zur Einwendung der Appellation bei der Ehegatten gegen ein Urtheil, welches die Scheidungsklage, wegen wechselseitiger Einwilligung, verwirft ⁵):

3) W. P. O. Art. 670. Fr. P. O. Art. 735.
von Strombeck Form. II. 286.

4) Code Nap. Art. 240.

5) Code Nap. Art. 291. Spangenberg
a. a. O. §. 267.

6) zur Aussprechung der Ehescheidung, wenn sie wegen wechselseitiger Ein-

willigung zugelassen ist, von dem Civilstandsbeamten 6).

6) Code Nap. Art. 294. Spangenberg
a. a. O.

§. 32.

Fünf und zwanzigtägige Frist.

Fünf und zwanzig Tage:

vor Abschließung der Ehe, einer Militair- oder andern bei der Armee angestellten Person, müssen die Aufgebote bei der Tagesordre kund gemacht werden 1).

1) Code Nap. Art. 94.

§. 33.

Dreissigtägige Frist.

Der Beschlag auf Immobilien kann nicht früher erfolgen, als dreis-

sig Tage nach dem Zahlungsmandate ¹⁾).

1) W. P. O. Art. 621. Fr. P. O. Art. 674.

§. 34.

Vierzigtägige Fristen.

Vierzig Tage dauert:

- 1) die Vorladungsfrist für die Partheien, welche zwar ausserhalb dem Königreiche; aber in einem angrenzenden Lande wohnen ¹⁾;
- 2) die Deliberationsfrist, um sich über die Annahme, oder Entsagung, einer angefallenen Erbschaft zu erklären ²⁾;

1) W. P. O. Art. 23. Nro. 1. Vergl. Art. 347, 432, 509 u. 587.

2) Code Nap. Art. 795 u. 1461. Die Frist ist jedoch nicht peremptorisch, Co-

de Nap. Art. 798 u. 800. Oesterley
und Spangenberg Commentar über
die bürgerl. P. O. I. 228.

3) die Antragsfrist des Gläubigers, dessen Forderung auf ein Grundstück eingetragen ist, daß dasselbe öffentlich verkauft und dem Meistbietenden zugeschlagen werde. Ist die Frist verstrichen: so bleibt der Werth des Grundstücks, welcher im Contracte bedungen, oder von dem Käufer und neuem Eigenthümer dafür gegeben ist, unwiderruflich bestimmt ³⁾.

3) Code Nap. Art. 2185 u. 2186. Vergl.
von Strombeck Formulare II. 246.
Dabelow Commentar §. 1283.

§. 35.

Sechszigtägige Frist.

Sechszigtägig ist:

die Vorladungsfrist für die Parthei,

welche nicht in einem angrenzenden Lande des Königreichs; aber doch in einem Lande wohnt, was zu dem vormaligen Deutschen Reiche gehörte ¹⁾).

1) W. P. O. Art. 23. Nro. 2.

§. 36.

Neunzigtägige Frist.

Auf neunzig Tage ist:

die Vorladungsfrist für die Parthei bestimmt, welche in andern europäischen Staaten wohnt, die nicht zu dem ehemaligen Deutschen Reiche gehörten ¹⁾).

3) W. P. O. Art. 23. Nro. 3.

§. 37.

*Einhundert und achtzig-
tägige Frist.*

Einhundert und achtzig Tage dauert:

die Vorladungsfrist für die Parthei,
welche ausserhalb Europa wohnt ¹⁾.

¹⁾ W. P. O. Art. 23. Nro. 4 u. Art. 347.

Drittes Capitel.

Von den auf Wochen beschränkten Fristen.

*§. 38.**Dreiwöchige Fristen.*

Drei Wochen dauert die Frist:

- 1) zur Einwendung der Appellation gegen friedensrichterliche Erkenntnisse, bei Verlust derselben ¹⁾);

1) W. P. O. Art. 384. Nach dem Art. 16 der Fr. P. O. dauert sie drei Monate.

2) die Frist zu einer neuen Versteigerung darf nicht kürzer, als drei Wochen seyn, wenn die Mehrzahl der Gläubiger, wegen Mangel eines hinreichenden Gebots, eine neue Subhastation verlangt ²⁾;

3) zur Einreichung der Rechtfertigungsschrift in dem Secretariate des Policeitribunals, wenn gegen ein policeigerichtliches Erkenntniß die Appellation ergriffen ist, bei Verlust derselben ³⁾;

2) W. P. O. Art. 647.

3) Correct. Proc. Ord n. Art. 5. Einer Interposition der Appellation bedarf es nicht. von Bülow Commentar B. I. S. 134. f.

4) zur Uebergabe der Appellationsrechtfertigungsschrift beim Secretariate des Corrections-Tribunals, wenn von ei-

nem Erkenntniß des letztern appellirt wird, bei Strafe des Verlusts der Berufung ⁴⁾).

- 4) Correct. Proc. Ordn. Art. 46, 47 u. 72.
Westphäl. Moniteur Jahr 1811.
Nro. 22. von Bülow Commentar B. 1.
S. 261. ff.

§. 39.

Vierwöchige Fristen.

- 1) vier Wochen vor der Versteigerung unbeweglicher Nachlassstücke müssen die Anschlagzettel an den, im Gesetz bestimmten, Orten öffentlich affigirt werden ¹⁾);

- 1) W. P. O. Art. 885. Nach der Fr. P. O. Art. 702 u. 959 sechs Wochen.

- 2) binnen dieser Frist, muß über jedes correctionelle Vergehn, von dem Tage

angerechnet, wo die Sache anhängig ward, erkannt werden ²).

2) Correct. Proc. Ordn. Art. 42.

§. 40.

Sechswöchige Fristen.

- 1) Die Saisie-branden kann nur während der sechs Wochen vorgenommen und gesucht werden, welche der gewöhnlichen Zeit der Reife der auf dem Halm stehenden Früchte vorangehn ¹);
- 2) der Tag der Versteigerung und des Zuschlags einer Rente darf nicht länger, als sechs Wochen, hinausgesetzt werden ²).

1) W. P. O. Art. 576. von Strömbeck
Formul. II. 216. Fr. P. O. Art. 626.

2) W. P. O. Art. 594. Oesterley a. a. O.
II. 194.

3) spätestens sechs Wochen nach der, dem Schuldner bekannt gemachten, Beschlaglegung auf seine Immobilien, muß der Gläubiger beim Tribunale, um den Verkauf des Grundstücks, anrufen, und zum Verkaufstermine darf keine kürzere Frist, als sechs Wochen, genommen werden ³⁾;

4) wider die Erkenntnisse des Staatsraths muß die Opposition in einer Frist von sechs Wochen, welche vom Tage der Insinuation des Contumacialurtheils zu laufen anfängt, bei Strafe des Verlusts derselben, eingelegt werden ⁴⁾;

3) W. P. O. Art. 636 und 639. Fr. P. O. Art. 701.

4) Königl. Decret vom 20. Mai 1809. Art. 64.

5) zur Einwendung des Recurses bei dem Staatsrathe, wenn die nach wechselseitiger Verhandlung der Partheien erfolgte Entscheidung desselben, entweder auf falsche Urkunden gebauet, oder wegen mangelnder Urkunden, erfolgt war, die der Gegner böslich zurückgehalten hatte ⁵);

6) zur Vorladung des Lehnherren und der nächsten, zur Lehns- oder Fideicommisssuccession, berechtigten Interessenten, wenn Jemand Frohnen, Zehnten oder andere Grundabgaben ablösen will ⁶);

5) Königl. Decret a. a. O. Art. 68.

6) Königl. Decret vom 13. April 1811.
§. 2.

Viertes Capitel.

Von den auf Monate beschränkten Fristen.

§. 41.

***Einmonatliche Fristen* *).**

Ein Monat ist bestimmt:

- 1) zur Insinuation des Appellationserkenntnisses, oder einer Bescheinigung
-

*) Ueber die Anzahl der Tage eines Monats, wenn die Frist nach Monaten bestimmt ist, enthält weder das franz. noch westphäl. Recht besondere Vorschriften. Merlin Repert. univ. s. v. mois. Es ist also das römische Recht zu befolgen. (Oben b. 20. Note 21.)

aus dem Secretariate des Appellationshofs, von Seiten des Appellanten an die Gegenparthei, daß über die Appellation, von einem Urtheile des Tribunals erster Instanz, welches die Recusation eines einzelnen Richters verworfen hat, noch nicht entschieden, und welcher Tag dazu angesetzt sey ¹⁾);

- 2) zur gütlichen Vereinbarung des Schuldners und der Gläubiger über die Distribution der eingekommenen, aber zur Befriedigung aller Creditoren nicht hinreichenden, Gelder nach dem Verhältniß ihrer Forderungen ²⁾);

1) W. P. O. Art. 329. Fr. P. O. Art. 396.

2) W. P. O. Art. 601. Fr. P. O. Art. 656.

Oesterley a. a. O. II. 206. v. Strombeck a. a. O. II. 227.

- 3) zur Vorlegung der Urkunden bei dem Verfahren über die Rangbestimmung der Gläubiger ³⁾);
- 4) zur Einbringung der Einwendungen gegen den vom Richter verfassten Prioritätsentwurf ⁴⁾);
- 5) zur Wahl eines gemeinschaftlichen Anwaltes in Prioritätsstreitigkeiten ⁵⁾);

3) W. P. O. Art. 684 — 687. Art. 691, 692, 695. Fr. P. O. Art. 754. ff. v. Strombeck a. a. O. II. 318.

4) W. P. O. Art. 686 u. 691. Fr. P. O. Art. 755 u. 756. von Strombeck a. a. O. II. 297 u. 316.

5) W. P. O. Art. 695 u. 699. v. Strombeck a. a. O. II. 321. Nach der Fr. P. O. Art. 760. acht Tage.

6) über die Klage auf Vermögensabsonderung der Ehegatten darf erst nach dem Ablaufe eines Monats, nach

Beobachtung der dabei vorgeschriebenen Förmlichkeiten, erkannt werden ⁶⁾);

7) binnen einem Monate muß der ernannte Criminalrichter über die in Correctionssachen ergriffene Appellation Vortrag halten ⁷⁾);

8) Jeden Monat hat der General-Procuretor ein Verzeichniß der, von dem Criminalhofe in der Appellationsinstanz entschiedenen, Correctionssachen an den Justizminister einzusenden ⁸⁾);

9) zur Abgabe eines Erkenntnisses über die, in peinlichen Sachen an den Staatsrath gebrachten, Cassationsgesuche ⁹⁾);

6) W. P. O. Art. 800. Fr. P. O. Art. 869.

7) Correct. Proc. Ord. n. Art. 54.

8) Correct. Proc. Ord. n. Art. 66.

9) Peinl. Ger. Ord. n. Art. 126.

- 10) zur Einsendung der Auszüge aus den Policeistraferkenntnissen von dem Friedensrichter an den Criminalinstruenten des Districts - Tribunals ¹⁰⁾;
- 11) zur Einwendung der Cassation in Steuer - und Forst - Contraventions-sachen ¹¹⁾;
- 12) zum Abtrag der Stempelsteuer von Collateralerschaften ¹²⁾;

10) Municipal-Policei-Ger.-Ordn.
Art. 24. In Frankreich alle Vierteljahr. Codex des Crim. Proc.
Art. 178.

11) Königl. Decret vom 2. Jun. 1810.
Art. 1.

12) Stempelgesetz vom 7. Jun. 1810.
Art. 17.

13) binnen einem Monate, nach dem Ablaufe eines jeden Jahrs, müssen die Register von den Beamten des Personenstandes in das Gemeindearchiv

und bei dem Secretariate des Tribunals erster Instanz niedergelegt werden ¹³⁾;

14) muß in gewissen Fällen das ehrerbietige Gesuch zum Eheconsense bei den Eltern, oder Großeltern, wiederholt werden ¹⁴⁾;

15) binnen einem Monate, nach vollendetem Inventar, muß der Vormund die beweglichen Sachen seines Pflegebefohlenen öffentlich verkaufen lassen ¹⁵⁾;

13) Cod. Nap. Art. 43.

14) Code Nap. Art. 152 u. 153.

15) Code Nap. Art. 452.

16) zur Anstellung der Klage, wenn der Ehemann die Paternität des Kindes ableugnen will, bei Verlust derselben, wenn er sich am

Geburtsorte des Kindes befand ¹⁶⁾);

17) zur Zusammenberufung des Familienraths, um einen andern Vormund ernennen zu lassen ¹⁷⁾);

18) zur Ernennung eines Executors bei Substitutionen ¹⁸⁾); desgleichen zur Aufnahme eines Inventarii auf Ansuchen des Executors ¹⁹⁾);

19) zur Insinuation gewisser, im Gesetz bestimmten, Urkunden an die Gläubiger, von Seiten des neuen Eigenthümers, um das adquirirte Grundstück von den darauf haftenden Privilegien und Hypotheken frei zu machen ²⁰⁾);

16) Code Nap. Art. u. 316, 318. Spangenberg Commentar §. 278.

17) Code Nap. Art. 431.

18) Code Nap. Art. 1056. Spangenberg a. a. O. §. 667.

19) Code Nap. Art. 1060.

20) Code Nap. Art. 2183.

20) zur Beibringung der schriftlichen Aufsätze und Beweisstücke vor dem Ablaufe der Compromisszeit ²¹);

21) zur Abgabe der Entscheidung des Obmannes ²²);

22) zur Mittheilung des Heirathscontracts zwischen Ehegatten, deren einer Handel treibt, an die im Gesetz (Fr. P. O. Art. 872) bezeichneten Behörden ²³);

21) W. P. O. Art. 937. Nach dem Art. 1016 der Fr. P. O. vierzehn Tage.

22) W. P. O. Art. 939. Fr. P. O. Art. 1018.

23) Code de Commerce Art. 67, 68 u. 69.

Zweimonatliche Fristen.

Auf zwei Monat ist die Frist festgesetzt:

- 1) zur Einwendung der Appellation gegen Erkenntnisse der Districts-Tribunäle, bei Verlust derselben ¹⁾;
- 2) zur Anbringung der Restitutionsklage wider die in letzter Instanz abgegebenen Erkenntnisse, — requête civile — bei Verlust derselben ²⁾;

1) W. P. O. Art. 345 -- 351. Nach der Fr. P. O. Art. 443 und dem Code de Commerce B. 4. Titr. 4. Art. 31. drei Monat. Oesterley und Spangenberg Magazin B. 1. S. 365. von Strombeck Handb. des Processes. §. 593. ff.

2) W. P. O. Art. 429 -- 436. Nach der Fr. P. O. Art. 483 drei Monat. von Strombeck Handb. des Proc. §. 706. ff. S. auch unten §. 46. Note *).

3) der über die gepfändeten Sachen angestellte Aufseher kann, zwei Monat nach seiner Anstellung, seine Dimission geben, wenn Hindernisse eintreten, die den Verkauf der Sachen aufhalten ³⁾;

4) zur Einwendung der Appellation gegen ein Erkenntniß, welches die nachgesuchte Rectification einer Urkunde des Personenstandes verwirft ⁴⁾;

5) zur Insinuation des Erkenntnisses, welches die Cassation zuläßt, nebst einer Copei der Bittschrift, worauf dasselbe erfolgt ist, an die Gegenparthei, bei Verlust des Cassationsgesuchs ⁵⁾;

3) W. P. O. Art. 555. Fr. P. O. Art. 605.

4) W. P. O. Art. 789. Nach dem Art. 858 der Fr. P. O. drei Monat.

5) Decret v. 20. Mai 1809. Art. 29.

6) zur Ueberreichung der Vertheidigungsschrift gegen die nachgesuchte Cassation ⁶);

7) zur Mittheilung des Erkenntnisses, wodurch der Staatsrath einen Recurs zuläfst ⁷);

8) zur Aussprechung der Ehescheidung von dem Beamten des Personenstandes, bei Verlust der Vorthelle des ausgewirkten rechtskräftigen Scheidungsurtheils ⁸);

6) Das angeführte Decret Art. 30, 45, 52.

7) Das angezogene Decret Art. 70 u. 73.

8) Code Nap. Art. 264 -- 267. Spangenberg Comentar §. 257.

9) zur Anstellung der Klage, wenn der Ehemann ein in der Ehe gebornes Kind ableugnen will, und zur Zeit der Geburt desselben abwesend, oder nach entdecktem Betrüge,

wenn ihm die Geburt des Kindes verheimlicht war, bei Verlust der Klage ⁹⁾);

10) zur Vorlegung der Entscheidung des Tribunals, wodurch eine Adoption für statthaft oder unstatthaft erklärt wird, bei dem Appellationshofe ¹⁰⁾);

11) ein Auszug des Contracts, wodurch Grundstücke der Ehemänner oder Vormünder auf einen neuen Eigenthümer übertragen werden, muß zwei Monat im Audienzsaale des Tribunals angeschlagen bleiben ¹¹⁾).

9) Code Nap. Art. 316, 317, 318.

10) Code Nap. Art. 357.

11) Code Nap. Art. 2194 u. 2195.

Dreimonatliche Fristen.

Dreimonatlich ist die Frist:

1) zur Eintragung des Protocolls über die Arrestanlegung auf unbewegliche Güter in das Hypothekenregister, bei Strafe der Nichtigkeit der Arrestanlegung ¹⁾);

2) zur Eintragung der Eheurkunden in die Civilregister des Orts, wo der Einländer seinen Wohnsitz hat, wenn die Ehe im Auslande geschlossen ist ²⁾);

1) W. P. O. Art. 621 u. 623.

2) Code Nap. Art. 171.

3) zur Einwendung der Appellation, oder Cassation gegen Erkenntnisse, welche die nachgesuchte Ehescheidung ver-

werfen, oder zulassen, bei Strafe des Verlusts dieser Rechtsmittel ³⁾);

4) zur Eintragung der Adoptionsurkunde in die Register des Civilstandes des Orts, wo der Adoptirende seinen Wohnsitz hat, widrigenfalls bleibt die Adoption ohne Wirkung ⁴⁾);

5) zur Errichtung eines Erbschaftsinventars, vom Tage der angefallenen Erbfolge angerechnet ⁵⁾);

6) zur Belegung der eingegangenen Activcapitalien, oder der für abgelöste Renten eingezogenen Gelder, von Seiten des mit der Restitution beschwerten Erben ⁶⁾);

3) Code Nap. Art. 263. Königl. Decret vom 20. Mai 1809. Art. 22.

4) Code Nap. Art. 359.

5) Code Nap. Art. 795 u. 1059.

6) Code Nap. Art. 1066.

7) zur Aufnahme eines Inventars, wenn die überlebende Ehefrau der Gütergemeinschaft entsagt ⁷⁾);

8) zur Einwendung des Rechtsmittels der Cassation, welche Frist unter keinem Vorwande verlängert wird ⁸⁾);

9) zur detaillirten Nachweisung von dem Betrage und Werthe einer angefallenen Collateralerbenschaft an die Agenten der Stempeladministration des Districts, wo die Erbschaft eröffnet ist ⁹⁾);

7) Code Nap. Art. 1456.

8) Königl. Decret v. 20. Mai 1809 Art. 19, 20, 21 und 42.

9) Stempelgesetz vom 7. Jun. 1810. Art. 16 u. 28.

§. 44.

Drei Monat und vierzig Tage

dauert die Frist, binnen welcher der präsumtive Erbe, die Wittwe und die geschiedene, oder in Vermögensabsonderung lebende, Ehefrau die Einrede des zu errichtenden Inventarii und der Deliberationszeit opponiren können ¹⁾).

¹⁾ W. P. O. Art. 125. Fr. P. O. Art. 147

Code Nap. Art. 795, 800, 1457 u. 1463.

Oesterley u. Spangenberg Commentar I. 225. ff.

§. 45.

Vier Monat

sind zur Abgabe einer schiedsrichterlichen Entscheidung bestimmt, wenn im Compromiß die Zeit nicht festgesetzt ist, binnen welcher die Schiedsrichter ihren Ausspruch thun sollen ¹⁾).

- 1) W. P. O. Art. 928. Nach dem Art. 1007 der Fr. P. O. drei Monat. v. Strombeck Formulare II, 417.

§. 46.

Sechsmonatliche Fristen.

Binnen sechs Monaten muß:

- 1) das Contumacialerkenntniß, welches gegen eine Parthei erlassen ist, die keinen Anwalt hatte, von dem Tage angerechnet, wo es gesprochen ist, vollzogen werden, widrigenfalls wird es, als nicht erlassen, betrachtet ¹⁾;
- 2) eine, bei dem Friedensgericht anhängige, Sache endlich entschieden werden, wenn ein interlocutorisches Erkenntniß in derselben ergangen war, und zwar bei Strafe der Peremtion des ganzen Verfahrens ²⁾;

¹⁾ W. P. O. Art. 108. Fr. P. O. Art. 156.

²⁾ W. P. O. Art. 383. Fr. P. O. Art. 15.

sind vier Monat bestimmt. M. s. insonderheit Oesterley und Spangenberg Magazin B. I. S. 621.

3) das Restitutionsgesuch *) dem Anwalde

*) Man hat, zwischen den Art. 429 und 439 der W. P. O. einen Widerspruch zu finden geglaubt. Rosenthal Handb. des westphäl. Processes B. 2. Anhang VI. S. 351. Allein die vermeintliche Antinomie ist nicht vorhanden. Die Frist zur Einwendung des Rechtsmittels der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand ist und bleibt zwei Monat, Art. 429. Da indeß der Implorant das erhaltene, ihm günstige, Erkenntniß vielleicht nach Verlauf mehrerer Monate dem Imploranten insinuiren läßt; die zweimonatliche Frist aber erst a die insinuationis sententiae zu laufen anfängt, Art. 429: so kann der Implorant sein dawider ergriffenes Restitutionsgesuch dem Anwalde des Imploranten annoch insinuiren lassen, wenn von dem Tage des, mit der Restitution angegriffenen,

an seinem Wohnsitze insinuirt werden³⁾;

4) der Vormund die überschüssenden Einkünfte des Pupillen⁴⁾, und

5) der, mit der Restitution Beschwerde,

3) W. P. O. Art. 439. Fr. P. O. Art. 492.

4) Code Nap. 455 u. 456.

Urtheils keine sechs Monate verstrichen sind. Den Grund, warum in diesem Falle keine Insinuation der Restitutionseinwendung an den Imploranten selbst, oder an dessen Wohnsitze, erforderlich ist, giebt der Art. 439. bestimmt an. Oesterley Erläuterung II. 35. Auf die Nothfrist der Einwendung hat also der letzte Artikel ganz keinen Einfluss, und es ist zwischen beiden Artikeln gar kein wirklicher Widerspruch. Eine fast gleiche Bestimmung enthalten übrigens die Artikel 69. und 70. des Königl. Decrets vom 20. Mai 1809.

- die Baarschaft u. s. w. belegen und in Zinslauf bringen ⁵⁾; ferner müssen
- 6) die durch Baumeister u. s. w. in Entreprise gemachten Arbeiten und Bauwerke, durch eines gerichtlich ernannten Sachverständigen Protocoll beurkundet werden, um ein Vorzugsrecht zu erlangen ⁶⁾;
- 7) die Gläubiger und Legatarien des Erblassers ihr Vorzugsrecht, wider die Gläubiger des Erben, durch Eintragung auf die unbeweglichen Erbschaftssachen sichern ⁷⁾.

5) Code Nap. Art. 1065.

6) Code Nap. Art. 2103. Nro. 4.

7) Code Nap. Art. 2111. Uebrigens enthält der Code de Commerce Art. 160 Fristen von sechs, acht Monaten; von einem Jahre und zwei Jahren, binnen welchen der Wechselinhaber die Zahlung fordern muß.

Fünftes Capitel.

Von den auf Jahre beschränkten Fristen.

§. 47.

*Einjährige Fristen *).*

1) Wenn die Parthei, welche vor Gericht geladen werden soll, entfernt

*) Ein Gesetz vom 4. Frimaire II setzte fest, daß das Jahr in Frankreich mit dem 22sten Sept. 1792 — Stiftungstag der Republik — anfangen sollte. Das Senatsconsult vom 22. Fructidor XIII stellte aber, vom 1sten Jan. 1807 an, die Einführung des Gregorianischen Calenders und Jahres wieder her. Erhard Supplemente zum Gesetzbuche Napoleons I. S. 131.

wohnt, als das Vorgebürge der guten Hoffnung ist: so dauert die Vorlaufsfrist ein Jahr ¹⁾);

2) der Anwalt muß seine Parthei an- noch vertreten, wenn über die Vollstreckung eines Urtheils Streit entsteht, und die Execution desselben in dem Jahre erfolgt, in welchem das Urtheil gesprochen ist ²⁾);

3) ein Kind, welches von ausländischen Eltern im Reiche gebohren ist, kann in dem Jahre, welches auf seine Majorennität folgt, die rechtliche Eigenschaft eines Einländers in Anspruch nehmen ³⁾);

1) W. P. O. Art. 22. Nro. 4. u. 347. Fr. P. O. Art. 73. Nro. 3.

2) W. P. O. Art. 958. Fr. P. O. Art. 1038.

3) Code Nap. Art. 9. Spangenberg Commentar §. 104.

- 4) ohne neue Aufgebote darf keine Ehe abgeschlossen werden, wenn sie nicht binnen Jahresfrist, nach dem Ablaufe der für die Aufgebote bestimmten Zeit, vollzogen ist ⁴);
- 5) die Abwesenheitserklärung darf nicht früher ausgesprochen werden, als nach Ablauf eines Jahrs, von dem Tage angerechnet, wo das Urtheil die Zeugenabhörung verordnete ⁵);
- 6) die Mittheilung der Uebersicht des Zustandes der vormundschaftlichen Verwaltung an den Gegenvormund kann von dem Vormunde nur einmal im Laufe eines jeden Jahrs gefordert werden ⁶);

4) Code Nap. Art. 65.

5) Code Nap. Art. 119.

6) Code Nap. Art. 470.

- 7) binnen Jahresfrist muß die Klage auf Widerruf einer Schenkung gegen den Beschenkten erhoben werden ⁷⁾);
- 8) nur auf Jahr Tag kann ein Testator den Testamentsexecutoren den Besitz seines beweglichen Nachlasses einräumen ⁸⁾);
- 9) die Klage, auf Widerruf des Legats, wegen Beschimpfung des Andenkens des Testators, kann nur innerhalb Jahresfrist erhoben werden ⁹⁾);

7) Code Nap. Art. 957.

8) Code Nap. Art. 1026.

9) Code Nap. Art. 1047.

§. 48.

Zweijährige Fristen.

- 1) Ein Schuldner darf, wegen einer und derselben Schuld, nicht länger als

zwei Jahr in gefänglicher Haft gehalten werden ¹⁾);

2) Ein Verkauf kann, wegen erlittener Läsion, nicht mehr angefochten werden, wenn zwei Jahr, vom Tage des geschehenen Verkaufs anzurechnen, abgelaufen sind ²⁾.

1) W. P. O. Art. 731. Die Fr. P. O. enthält diese Bestimmung nicht.

2) Code Nap. Art. 1676.

§. 49.

Dreijährige Fristen.

Wenn die Partheien es binnen drei Jahren unterlassen, ihren Rechtshandel zu betreiben, sey es in welcher Instanz es wolle ¹⁾: so ist die Instanz erloschen, oder perimirt ²⁾.

1) Oesterley und Spangenberg Magazin B. I. S. 624.

2) W. P. O. Art. 330 u. 367. Fr. P. O. Art. 397. u. 469. von Strombeck Formulare I. 234. Oesterley Erläuterung I. 99.

§. 50.

Vierjährige Frist.

Die Interessenten können nicht früher auf eine Abwesenheitserklärung dringen, als bis der, ohne eine Vollmacht zurückzulassen, Abwesende von seinem Wohnsitze oder Aufenthaltsorte vier Jahre entfernt gewesen ist, ohne gewisse Nachrichten von ihm empfangen zu haben ¹⁾).

1) Code Nap. Art. 115. Deneke über die Verschollnen S. 39. f.

Fünffjährige Fristen.

Fünf Jahre währt:

- 1) die Gnadenfrist für diejenigen, welche wegen ungehorsamen Nichterscheinens verurtheilt sind ¹⁾;
- 2) die Verabredung, eine Theilung der Erbschaft nicht vorzunehmen, und im gemeinschaftlichen Besitze derselben zu bleiben ²⁾;
- 3) die Klage auf Gewährleistung für die Zahlungsfähigkeit des Schuldners einer Rente, nach erfolgter Erbtheilung ³⁾;

1) Code Nap. Art. 27 u. 28. Spangenberg Commentar §. 126.

2) Code Nap. Art. 815.

3) Code Nap. Art. 886.

4) der Vorbehalt des Wiederkaufsrechts ⁴⁾).

4) Code Nap. Art. 1660.

§. 52.

Neunjährige Frist.

Die Pachtcontracte, welche emancipirte Minderjährige abschliessen, dürfen einestellungszeit von neun Jahren nicht übersteigen ¹⁾).

1) Code Nap. Art. 481.

§. 53.

Zehnjährige Fristen.

1) die Vormundschaft über einen Interdicirten braucht, mit Ausnahme der Ehegatten, As- und Descendenten, Niemand länger zu führen ¹⁾);

1) Code Nap. Art. 508.

2) die Inscriptionen sichern das Hypothekenrecht und die Privilegien nur während dieser Frist ²⁾).

2) Code Nap. Art. 2154.

§. 54.

Dreissigjährige Frist.

Die Unablösbarkeit einer beständigen Rente kann der Gläubiger sich nicht über dreissig Jahre hinaus bedingen ¹⁾).

1) Code Nap. Art. 530.

Sechstes Capitel.

Von den Fristen und Terminen, welche von richterlichen Amtswegen bestimmt werden können *).

§. 55.

Hierher sind folgende Fälle zu rechnen:

- 1) die gewöhnliche Vorladungsfrist von vierzehn Tagen kann in eiligen Fällen

*) Ist gegen Erkenntnisse, welche eine Fristbestimmung enthalten, die Appellation eingelegt: so läuft die Frist nicht a die insinuationis vel publicationis (Art. 79 der P. O.) des angefochtene-

vom Präsidenten verkürzt und, bei Insinuation der Vorladung an eine ausländische, aber gerade im Reiche befindlich gewesene, Parthei, vom Gerichte verlängert werden ¹);

2) können die Gerichte, in den nicht ausgenommenen Fällen ²), zur Befolgung ihrer Rechtssprüche, besonders in Schuldsachen, Fristen und Termine setzen ³);

1) W. P. O. Art. 22, 24 u. 141. Fr. P. O. Art. 72, 74.

2) W. P. O. Art. 80, Art. 422, Fr. P. O. Art. 124 u. 478. Code Nap. Art. 1188. Code de Commerce Art. 157.

nen Erkenntnisses, sondern des bestätigenden Urtheils, oder von dem Tage, wo die Sententia a qua rechtskräftig geworden ist. (Art. 357. der P. O.) Sirey Journal 1810, VIII. p. 317.

3) W. P. O. Art. 79 u. 422. Fr. P. O. Art. 122. Code Nap. Art. 1244. Pfeiffer Rechtsfälle B. I. S. 38.

3) wenn auf Bürgschaftsleistung erkannt wird, muß der Richter die Frist bestimmen, binnen welcher der Bürge vorgeschlagen, angenommen, oder verworfen werden soll 4);

4) wenn das Inventarium in der gesetzlichen Frist nicht vollendet werden kann: so können die Richter sowohl diese Frist, als die Deliberationsfrist, prorogiren 5). Hiernächst wird ferner die Frist richterlich bestimmt:

5) zur Mittheilung der Beweisstücke 6);

4) W. P. O. Art. 119 u. 458. Fr. P. O. Art. 517.

5) W. P. O. Art. 125. Fr. P. O. Art. 174. Code Nap. Art. 798.

6) W. P. O. Art. 139. Fr. P. O. Art. 190. von Strombeck Formul. I. 147.

10) zur Erklärung des Richters, in Ansehung dessen um die Verweisung der Sache an ein anderes Gericht, wegen Verwandtschaft oder Schwägerschaft mit der Gegenparthei, gebeten ist ¹¹⁾);

11) zur Opposition kann der Friedensrichter von Amtswegen eine angemessene Frist bestimmen; ja selbst unter gewissen Umständen die Strenge der Frist erlassen, und die Opposition annehmen ¹²⁾);

12) zur Einreichung der Schadensberechnung von der Parthei, welche in possessorio ein günstiges Urtheil erwirkt hat ¹³⁾);

13) zur Vorladung eines Gewährsmannes vor das Friedensgericht ¹⁴⁾);

¹¹⁾ W. P. O. Art. 304. Fr. P. O. Art. 371.

¹²⁾ W. P. O. Art. 389. Fr. P. O. Art. 21.

¹³⁾ W. P. O. Art. 396. Fr. P. O. Art. 27.

¹⁴⁾ W. P. O. Art. 402. Fr. P. O. Art. 32.

- 14) zur Rechnungsablage ¹⁵⁾;
 - 15) zur Anstellung einer Klage, wegen Nichtigkeit der Verhaftung eines Schuldners ¹⁶⁾;
 - 16) zur Vorladung des Gläubigers, wenn der Schuldner ein Gesuch um Entlassung aus der Haft einreicht ¹⁷⁾;
 - 17) in Sachen, welche eine schleunige Verhandlung erheischen ¹⁸⁾;
 - 18) zur Vorladung eines Notars, oder Verwahrers, welcher die Herausgabe der Urkunden verweigert ¹⁹⁾;
- ¹⁵⁾ W. P. O. Art. 472. Fr. P. O. Art. 530.
¹⁶⁾ W. P. O. Art. 726. Fr. P. O. Art. 795.
¹⁷⁾ W. P. O. Art. 736. Fr. P. O. Art. 805.
¹⁸⁾ W. P. O. Art. 739. Fr. P. O. Art. 807.
¹⁹⁾ W. P. O. Art. 770. Fr. P. O. Art. 844.
 Notariatsordnung Art. 84.
- 19) zur Vorladung, um die Alimente der Frau zu reguliren ²⁰⁾;

20) W. P. O. Art. 809. Fr. P. O. Art. 878.

Code Nap. Art. 259 u. 268.

20) zur Entsiegelung ²¹⁾);

21) zur Versteigerung des unbeweglichen Nachlasses ²²⁾);

22) zur Abgabe des Zuschlagserkenntnisses ²³⁾);

23) zur Vernehmung der Partheien in Ehescheidungsklagen ²⁴⁾);

24) zur Verhandlung einer Scheidungsklage in der öffentlichen Gerichtssitzung ²⁵⁾);

25) zur Vernehmung der in Ehescheidungssachen vorgeschlagenen Zeugen ²⁶⁾);

21) W. P. O. Art. 859. Fr. P. O. Art. 931.

22) W. P. O. Art. 883. Fr. P. O. Art. 959.

23) W. P. O. Art. 887. Fr. P. O. Art. 964.

24) Code Nap. Art. 238.

25) Code Nap. Art. 245 u. 256.

26) Code Nap. Art. 252.

26) zur Prorogation, um die von dem Beschwerten erhobenen Baarschaften und Gelder zu belegen ²⁷⁾);

27) zur Verlängerung der Entsagungsfrist einer Wittwe auf die Gütergemeinschaft ²⁸⁾);

28) zur Annahme der Gütergemeinschaft einer geschiedenen, oder von Tisch und Bett getrennten, Ehefrau ²⁹⁾);

29) zur Bewilligung einer Zahlungsfrist der Kaufgelder, wenn dabei keine Gefahr für den Verkäufer eintritt ³⁰⁾);

27) Code Nap. Art. 1065.

28) Code Nap. Art. 1458.

29) Code Nap. Art. 1463.

30) Code Nap. Art. 1655.

30) Fristen, welche in dem Reglement, der vor den Staatsrath gebrachten

streitigen Sachen, nicht ausdrücklich festgesetzt sind, werden durch eine Verfügung des Justizministers bestimmt ³¹⁾);

31) zur Abgabe eines Erkenntnisses über die Mißbilligung der Handlung eines Anwaltes ³²⁾);

32) zur Verfügung der weitem Untersuchung gegen einen Angeeschuldigten ³³⁾);

33) zur Bestimmung angemessener Zahlungstermine, wegen der, aus vorherigen Jahren rückständigen, gutherrlichen Gefälle, Abgaben und Prästationen ³⁴⁾).

31) Königl. Decret vom 20. Mai 1809.
Art. 51, 53, 55, 56, 58.

32) Das a. Königl. Decret Art. 57.

33) Peinl. Proc. Ordn. Art. 14.

34) Königl. Decret vom 9. Febr. 1810.
Art. 7.

Im Verlage der Gebrüder Hahn in Hannover
sind folgende das franz. und westph. Recht be-
treffende Schriften erschienen und in allen
Buchhandlungen zu haben:

Denefe, Dr. G. F., über die Verschollenen, oder über
die Abwesenheit, nach dem Code Napoleon. gr. 8.
12 Sgr.

Gans, C. Ph., das Erbrecht des Napoleonischen Ge-
setzbuchs in Deutschland. gr. 8. 1 Rthlr.

Gerber, C., Handbuch für die Mairien und Municipals-
Policeibeamten, im Geiste der franz. und westphäl.
Verwaltungsordnung. 1r Theil. gr. 8. 12 Sgr.

Hübner, J. C. G., das Amt der Notarien im König-
reiche Westphalen, zur Belehrung des Publicums.
gr. 8. 5 Sgr.

Lehzen, Dr. H. A., die Lehre von der Vormundschaft
nach den Gesetzen Westphalens, mit Berücksichtigung
der ältern Rechte. gr. 8. 16 Sgr.

Müller, G. F., Etwas über die Fertigkeit, vor Gericht
zu reden und die Mittel, sich dieselbe zu erwerben.
gr. 8. 6 Sgr.

Pfeiffer, Dr. B. W., Rechtsfälle zur Erläuterung der
Gerichtsverfassung und Prozeßordnungen Westphalens
1r Bd. 16 u. 26 St. gr. 8. 1 Rthlr.

Derselbe, Rechtsfälle, entschieden nach dem Gesetzbuche
Napoleons von Frankreichs und Westphalens obersten
Gerichtshöfen. Erste und zweite Abtheilung. gr. 8.
1 Rthlr.

Derselbe, Unterweisung der Beamten des Civilstandes in
ihren sämtlichen Verrichtungen. 5te Aufl. gr. 8.
10 Sgr.

Strombeck, Fr. H. von, Handbuch des westph. Civil-
processes 2 Theile. gr. 8. 2 Rthlr. 12 Sgr.

Vejin, Dr., Handbuch für Friedensrichter und andere
bei diesem Gerichte angestellte Personen. Zweite ganz
umgearbeitete Auflage. 8. 1 Rthlr.

Weber, D. A. Dr., Ueber die Proceßkosten, deren
Vergütung und Compensation. Fünfte, mit einigen
Zusätzen vermehrte und berichtigte Auflage. gr. 8.
14 Sgr.

Hagemann, Theodor

Ueber Fristen und Termine nach französisch Westphaelischen Rechten

Hannover 1811

J.pract. 105

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10554168-7